

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
 Berlin SO36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 30. Januar 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Eiserne Front für Volksrechte, gegen Diktatur!

An alle deutschen Männer und Frauen freiheitlicher Gesinnung!

Vorbei sind die Monate der bloßen Verteidigung und Abwehr! Das Deutschland der Republik und Demokratie steht auf für Volksrechte, gegen Diktatur. Widerstandswille ist aufgeflammt in allen deutschen Gauen. Es hat keiner Propagandakünste und keiner Befehle bedurft. Ein Anstoß — wenige organisatorische Hammerschläge genügten: In Stadt und Land wuchs empor die

Eiserne Front für Volksrechte, gegen Diktatur!

Neben die Einheiten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold traten die Arbeitersportler und in den Betrieben formierten sich alle freiheitlich gesinnten Gewerkschafter als Hammerschaften der Eisernen Front.

Eine Millionenarmee — nicht für gewaltsame Angriffe, sondern wider alle Bürgerkriegspläne! Die Existenz dieser durch eine wahre Volkserhebung aufgerichteten Eisernen Front muß jeden Gedanken auf Raub politischer, gewerkschaftlicher und kultureller Freiheiten ersticken.

Die Eisernen Front ist keine Parteisache und will nicht eine Partei sein.

Ihr Dienst gilt der bedrohten Freiheit des deutschen Volkes, der Erfüllung der Verheißungen in der Verfassung von Weimar. Viele bittere Tage, harte Wochen und schwere Monate der Abwehr und des Ausharrens liegen hinter uns. Bis in die Fundamente hat eine unerhörte Krise die deutsche Wirtschaft erschüttert, Industrie, Handel und Gewerbe sowohl wie Landwirtschaft. Millionen der besten deutschen Arbeiter, darunter hunderttausende Kriegsteilnehmer, stehen an den Stempelstellen; mit ihnen sind hochqualifizierte Angestellte, Techniker und Ingenieure zu qualvollem Feiernüssen verurteilt. Tausende und aber Tausende junger, arbeitsdurstiger Männer und Frauen der freien Berufe sehen den Tag herbei, der ihnen Gelegenheit gibt, die in jahrelangen Studien erworbenen Kenntnisse zu ihrem und des deutschen Volkes Nutzen zu verwerten. Sie alle leben von kärglicher Unterstützung oder sind angewiesen auf die Hilfe ihrer Familien.

Wer ist noch sicher, daß nicht auch ihn und seine Familie die Lawine der Wirtschaftsnot in den Abgrund reißt?

Der Arbeiter nicht und nicht der Angestellte. Der Bauer nicht und nicht der Handwerksmeister. Kein Unternehmer mehr — und sei er ein persönlicher noch so einsichtiger und tüchtiger Mann — hat die Sicherheit, seinen Betrieb aufrechterhalten zu können. Ist ein Volk in Not, trifft's auch die Beamten in Reich, Staat und Gemeinden.

Diese Zeit der Not wird seit Jahr und Tag verlängert und verschärft von herrschsüchtigen Egoisten, die für die Massen des Volkes zur Arbeitslosigkeit, zum Lohn- und Gehaltsabbau auch noch den

Raub der Rechte eines freien Staatsbürgers

fügen wollen. Mit Millionen, die von Lohn und Gehalt abgezogen wurden, sind Bürgerkriegsarmeen aufgestellt und ausgerüstet worden, werden ganze Schwärme von Schwadronen durch Stadt und Land geschickt; wird Propaganda bezahlt, die als „Retter“ die Verderber Deutschlands anpreist. Der Kampf Deutschlands um Aufhebung der würgenden Reparationszahlungen ist jenen Leuten nur ein Mittel zur innerpolitischen Verhetzung.

Ein Volk, das sich durch Drohung mit Gewalt und bezahlte Demagogie das Recht der Selbstregierung nehmen läßt, wird nie die äußere Freiheit erringen und erhalten können.

Im Hitlerismus hat sich diese wirre Zeit einen gewalttätigen Götzen gegeben. Scharlatane fordern die unumschränkte Herrschaft über Leben und Tod, Arbeitskraft und Eigentum aller Deutschen. Nicht die Spur einer schöpferischen Idee — nichts weiter als Blutphantasien hat der sogenannte Nationalsozialismus aus eigenem hervorgebracht.

Großes steht auf dem Spiel — Großes muß von allen freiheitlich gesinnten deutschen Männern und Frauen in den kommenden Wochen und Monaten gefordert und geleistet werden.

In allen Bezirken des Reiches muß bis zum 21. Februar 1932 die Eisernen Front formiert sein.

Kundgebungen am 21. Februar in ganz Deutschland

müssen Freunden und Gegnern die Wucht und Kraft der Eisernen Front sinnfällig vor Augen führen.

Gewaltige Geldmittel stehen den Feinden des Staates von Weimar zur Verfügung. Sie hoffen durch Riesenaufwand an Propaganda die Demokratie niederringen zu können. Auch diese Spekulation wird und muß fehlschlagen. In allen Bezirken sind unverzüglich Maßnahmen zur Durchführung einer

Rüstwoche der Eisernen Front zu treffen und öffentliche Sammelstellen aufzulegen.

Es gilt, der Zerstörung von Deutschlands letzter Wirtschaftskraft Einhalt zu tun; jetzt heißt es, die gewaltigen Energien, die allein die Demokratie zu entfesseln vermag, für die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands einzusetzen. Voraussetzung dafür ist der Sieg der politischen Vernunft über die Propheten des Chaos.

Eiserne Front für soziale Gerechtigkeit!

Eiserne Front für außenpolitische Freiheit, Frieden und Völkerverständigung!

Eiserne Front für wirtschaftliche Gesundung!

Eiserne Front wider alle Feinde der demokratischen Republik!

Eiserne Front für Volksrechte, gegen Diktatur!

Berlin, den 25. Januar 1932.

Die Reichs-Kampfleitung der Eisernen Front.

Handbemerkungen zu Politik und Wirtschaft

Während die Arbeitnehmerschaft im neuen Jahr dauernd die Frage in den Vordergrund rücken muß: Wo bleibt die Preisherabsetzung?, hat „Der Arbeitgeber“ bereits in seiner Nummer vom 15. Januar 1932 diese Frage aus dem Stegreif dahin beantwortet, daß sich die deutsche Lohnpolitik „von der engen Verkopplung mit der Preisenkungsvoraussetzung freizumachen habe“. Deutlich ausgedrückt heißt das: Die Lohnherabsetzung soll eine weitere Senkung des Lebensstandards bedeuten. Das Unternehmertum hat auch im neuen Jahr nichts zugerlernt; es plappert seinen alten Glauben vom Lohnabbau daher, obwohl die inzwischen eingetretene enorme Einschränkung der Kaufkraft doch allzu deutlich zutage tritt.

Denn die Zahl der Arbeitslosen ist inzwischen auf sechs Millionen emporgeschneilt. Im neuen Heft des „Reichsarbeitsblattes“ wird von Dr. Syrup folgendes festgestellt:

„Die Gesamtzahl aller Arbeitslosen, wie sie von den Arbeitsämtern der Reichsanstalt ermittelt wurde, betrug im Durchschnitt der zwölf Monate vom 1. Dezember 1930 bis zum 30. November 1931 4 449 378, unter Einrechnung der Familienmitglieder sind also rund 9 Millionen Menschen oder etwa ein Siebentel der deutschen Bevölkerung unmittelbar von der Arbeitslosigkeit betroffen; nach dem Stande vom Ende November 1931 erhöht sich diese Zahl sogar auf 10 Millionen. Die Verkürzung der Arbeitszeit, die allein unter den gewerblichen Arbeitern ein Drittel und noch mehr beträgt, bleibt dabei außer Betracht. Von den 4,409 Millionen Arbeitslosen erhielten 0,664 Millionen (15,1 Proz.) keine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, während 3,745 Millionen (84,9 Proz.) unterstützt wurden. Davon entfielen auf die Arbeitslosenversicherung 1,752, auf die Krisenfürsorge 0,975 und auf die öffentliche Wohlfahrtspflege 1,018 Millionen.“

Insgesamt sind für die Zwecke dieser Unterstützung im Deutschen Reich in den zur Untersuchung gestellten zwölf Monaten rund 3 Milliarden aufgewendet worden. Davon entfielen auf die Reichsanstalt 1585 Millionen, auf das Reich 602, auf die Gemeinden für Krisenfürsorge 151, auf die Gemeinden für öffentliche Wohlfahrtspflege 635 Millionen.“

Seit Monaten wird deshalb ernstlich versucht, wenigstens für die Gemeinden einen Finanzausgleich herbeizuführen. In einem Gutachten des früheren Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium, Dr. Popitz, wird nun vorgeschlagen, daß die Gemeinden wieder wie in den ersten Jahren der Nachkriegszeit Alleinträger der Erwerbslosenfürsorge würden. Die Zusammenfassung der drei Erwerbslosen-Gruppen (1. Erwerbslosenhilfe, 2. Krisenfürsorge, 3. Wohlfahrtserwerbslose) wäre zwar an sich sehr wünschenswert, es ist aber bei den jetzigen Finanzverhältnissen der Gemeinden ganz ausgeschlossen, einen solchen Plan zur Durchführung zu bringen. Im übrigen kann man auch diese organisatorische Frage in jetziger Zeit bestimmt nicht ändern ohne größere finanzielle Schwierigkeiten. Mit dem Schlagwort des „Wiederaustaus der Selbstverwaltung“ kommt man diesen Dingen auch nicht bei. So beachtlich einzelne Vorschläge dieses Gutachtens auch sind, würden sie doch im Gefolge haben, noch weiterhin die Unterstützungsfähigkeit der Arbeitslosen herabzudrücken. Hiergegen müßten aber die Gewerkschaften auf der ganzen Linie den Kampf aufnehmen.

In Notzeiten gibt es nicht bloß Wundergläubige, sondern auch Wunderheilige. Gewiß kann man den Leiter des Institutes für Konjunkturforschung, Prof. Wagemann, nicht zu letzteren rechnen; er ist als Präsident des Statistischen Reichsamts ein durchaus ernst zu nehmender Wissenschaftler, und doch ist seine in diesen Tagen erschienene Denkschrift über das deutsche Währungs- und Kreditssystem mit äußerster Vorsicht aufzunehmen. Er will nämlich den viel umstrittenen Begriff Devaluation (der zur Verständlichkeit etwa übersetzt werden kann mit Teil-Inflation) insofern praktisch durchführen, als der Notenumlauf Deutschlands um 2½ Milliarden vermehrt werden soll, indem nur noch die

großen Banknoten über 50 Mark durch Gold und Devisen zu 40 Proz. zu decken sind. Damit sollen also das Ausland beruhigt und die deutsche Währung im Auslandskurs garantiert werden. Da die Deckung des Kleingeldes aber durch öffentliche Schuldanererkennungen erfolgen soll, so würde das sicher Preissteigerungen im Gefolge haben und damit Reallohnsenkung, gegen die sich die Arbeitnehmerschaft ebenfalls wenden muß. In der Handels-Zeitung des „Berliner Tageblatt“ weist der Finanzsachverständige Dr. Felix Pinner ausführlich darauf hin, daß der Wagemannsche Privatplan wohl ein kühnes, aber gefährliches Projekt sei. Wir sind der Meinung, daß man mit solchen Projekten im Augenblick zurückhaltender sein sollte.

Hingegen erscheint uns der Vorschlag des christlichen Gewerkschaftsführers Imbusch als durchaus aktuell, nämlich den Bergbau endlich zu sozialisieren, wobei er auf die unhaltbare volksfeindliche Rolle der deutschen Bergwerksunternehmer hinweist. Das hat natürlich auch wieder die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und den „Arbeitgeber“, das Zentralorgan der Deutschen Arbeitgeber-Vereinigung, in Harnisch gebracht. Sie schimpfen über „gehässige und demagogische Ausfälle“ von Imbusch und behaupten, daß er auf dem Wege zu den Sozialisten sei — was wir wahrlich für keinen Fehler halten würden; leider trifft das aber nicht zu. Noch hahnebüchener ist das hungenbergische Schimpflegikon, das einfach sagt: „Wer es fertigbringt, den Bergbau herunterzureißen, wer also seine Kredite im Auslande schädigt, treibt eigentlich Landesverrat!“ Man sieht, wie wir es in Deutschland zuletzt so herrlich weit gebracht. „Der Deutsche“, die Tageszeitung der Christlichen, ist begreiflicherweise sehr empört über diese Anpöbelungen. Er vergißt dabei aber ganz, daß noch in ihrer Nummer 16 vom 20. Januar 1932 ebenfalls an leitender Stelle Ausführungen über „die gewerkschaftliche Führung“ zu finden waren, die sich auf den Renegaten August Winnig beriefen und worin gesagt wird, „daß die Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung, die Verfechtung starker Teile derselben mit marxistisch-bolschewistischen Ideen, nur darauf zurückzuführen sei, daß die Bewegung in die Hände sozialistischer Führer geriet. Die maßgebenden ersten Führer der Sozialdemokratie waren keine Arbeiter, sie waren nicht einmal Deutsch!“ Wir könnten noch mehr von diesem Gallimathias zitieren, es genügt indessen festzustellen, daß „Der Deutsche“ manchmal recht bedenklich aus der Einheitsfront der deutschen Gewerkschaften ausbricht, obwohl die christlichen Arbeiter wahrlich ebenso stark an dieser Einheitsfront interessiert sind wie die freien Gewerkschaften.

In einer Rundfunkrede am 20. Januar über „Weltkrise und Sozialpolitik“ hat der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald darauf hingewiesen, daß der einseitige Sturm auf die Löhne und Gehälter nicht das Heilmittel für die Gesundung der Weltwirtschaft sei. Leider hat er aber in den Notverordnungen diesen Sturm mit verursacht! Stegerwald hält folgende zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten fest, zwischen denen zu wählen sei: 1. Die Arbeiterschaft würde gleichberechtigt in das privatwirtschaftliche System mit starkem staatlichen Schutz eingegliedert oder 2. die Wirtschaftsführung würde immer mehr dem Staat übertragen oder 3. es würde ein korporatives System mit erhöhter Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer herausgebildet, bei dem der Staat Aufsicht und Kontrolle habe. Wir möchten dazu nur noch in Erinnerung bringen, daß unsere gewerkschaftlichen und politischen Forderungen viel klarer und eindeutiger sind. **Wir fordern in den Betrieben Wirtschaftsdemokratie und in der Gesamtwirtschaft Sozialismus!** Diese Forderungen dürfen nicht von der Tagesordnung verschwinden; sie sind gegenwärtig aktueller denn je.

Der Bürgerkrieg in Deutschland zeigt nun wieder verstärkte Auswüchse. Es tritt offenkundig zutage, daß der Ueberfall auf die Berliner Laubenkolonie „Felsenack“ von den Nationalsozialisten mit Plan und Ziel vorbereitet worden ist. Hier liegt u. E. eine so offenkundige Verletzung der Gesetze wie Notverordnungen vor, daß unbedingt etwas Durchgreifendes geschehen muß. Selbst die bürgerliche Presse hat jetzt, nachdem sie in den ersten Tagen irreführt war, in ihrer Mehrheit festgestellt, daß ein wohlvorbereiteter Rachefeldzug der Nazihorden gegen die Laubenkolonisten durchgeführt worden ist. Wenn das weiter Schule machen sollte, ohne die nötige Sühne zu finden, so kommen wir in der Tat in eine regelrechte Bürgerkriegsphäre, die ihresgleichen in Europa sonst nirgends hat. Es ist eigentlich ein nationalsozialistischer Versuch, das Boyheimer Programm des Dr. Best in die Praxis umzusetzen. * * *

Darum verbleibt der Arbeitnehmerschaft keine andere Möglichkeit, als nunmehr mit stärkster Energie die **Eiserne Front** weiter aufzubauen. In Tausenden von Versammlungen ist die Arbeitnehmerschaft über Ziel und Aufgabe dieser Eisernen Front bereits aufgeklärt worden. Es mag an dieser Stelle genügen festzustellen, daß gegen die verlogene Phrasen vom „Bankrott des Marxismus“ Stellung genommen werden muß.

Das jetzige Wirtschaftssystem ist hochkapitalistisch und alles andere denn marxistisch!

Die Nazi-Hilfsgarde der Großkapitalisten wird von den Schwerindustriellen ausgehalten und spielt dieselbe Rolle wie einst die Pinkertons in Amerika. Schon kündeten sie an, daß sie in aller Stille zunächst innerhalb der Gewerkschaften sich „legal“ betätigen wollen, um später besondere „gewerkschaftliche Organisationen“ zu gründen. Wir werden es ihnen „leicht“ machen! Ueberall, wo ein Nazimann sich in den Gewerkschaften zeigt, muß er sofort **a u s g e s c h l o s s e n** werden.

Wir hatten schon einmal die fatale Aufgabe, die RGO-Leute, die sich jenseits aller Statuten, oft auch jenseits allen Anstandes und aller Wahrheit glaubten, vor die Alternative zu stellen, entweder sich einzufügen oder die Gewerkschaften zu verlassen. Mancher politisch fanatisierte Kollege mußte dadurch ausgeschlossen werden. Wir haben jetzt in den Gewerkschaften im allgemeinen eine **klare Linie**, und die soll ganz gewiß nicht von den Nazis irgendwie verbogen werden. Also ist **äußerste Wachsamkeit** gegen die Nazis das Wesen der neuen Eisernen Front, aber auch Stellungnahme gegen Demagogie der RGO. und ihrer Organe. Was soll man z. B. dazu sagen, wenn die „Rote Fahne“ vom 20. Januar 1932, noch dazu in einem Artikel gegen Naziüberfall, den demagogischen Satz prägt: „Hitler und Leipart dienen mit verschiedenen Methoden ein und demselben Ziel!“ Solche üblen Schimpfereien widerlegen sich selbst, und man kann nur den Kopf schütteln, wenn kommunistische Leser sich so ödes Zeug gefallen lassen. * * *

Die wirtschaftlichen und politischen Ereignisse unserer Zeit sind so mannigfaltig, daß es schwer hält, sie alle zusammenfassend zu registrieren. Das Internationale Arbeitsamt hat in einer Verwaltungsratsitzung in Genf neuerdings erklärt, daß eine

gesetzliche Festlegung der 40-Stunden-Woche für alle Industrieländer

zurzeit die einzig erträgliche Arbeitszeitgrenze ist. Als Uebergangsmassnahmen werden ferner vorgeschlagen: Aufhebung aller Ueberstunden, Herabsetzung der individuellen Arbeitszeit anstatt Arbeiterentlassungen, Herabsetzung der Arbeitszeit auch in den normal beschäftigten Industrien zwecks Einstellung von Arbeitslosen und Durchführung der Fünftagewoche. Es ist natürlich nicht zu verkennen, daß in Deutschland nach den drei Notverordnungs-Lohnabbauetappen die noch beschäftigten Arbeiter bei einer weiteren Senkung ihrer Arbeitszeit kaum noch einen menschenwürdigen Existenzlohn hätten, falls nicht in irgendeiner Weise ein **Lohnausgleich** durchgeführt werden kann. Auf jeden Fall muß aber überall darauf gedrängt werden, daß die Höchstarbeitszeit von 48 Stunden unter gar keinen Umständen überschritten wird. * * *

Inzwischen ist nun die **Reparationskonferenz**, von der man sich allerdings gegenwärtig nur ein Hinauszögern der Entscheidung versprechen konnte, auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Zwar lehnte Brüning ein weiteres Moratorium ab. Es ist aber nicht zu verkennen, daß Frankreich und England augenscheinlich entschlossen sind, die Reparationsfrage offenzulassen. So werden wir günstigenfalls nur auf ein verlängertes Moratorium zu rechnen haben. Damit und mit der nationalistischen Rede des französischen Ministerpräsidenten Laval wird den nationalsozialistischen Demagogen wieder Agitationsmaterial geboten.

Unsere Stellung ist bereits in dem Artikel **Leiparts** in voriger Nummer ausführlich begründet worden. In Wirklichkeit ist gerade das Anwachsen der nationalistischen Strömung bei uns die Hauptursache der nationalen Reaktion in Frankreich und der damit verbundenen Verzögerung der endgültigen Reparationsregelung. * * *

So zeigt sich unserer Kollegenschaft das Bild dieser Tage: Wir ringen schwer auf der ganzen Linie, um uns zu behaupten, aber die Erkenntnis wächst in den weitesten Kreisen der Arbeitnehmerschaft, daß die nationalsozialistische Pest immer gemeingefährlicher wird. Ihre hemmungslosen Mordgelüste können nicht länger geduldig hingenommen werden. Es gilt, die eiserne Abwehrfront zu stärken. Darum muß jeder Gewerkschaftler in seinen Kreisen durch **Einzelklärung** dafür sorgen, daß wir gerüstet sind zum Abwehrkampf. Niemand darf in Gleichgültigkeit verharren in diesen Zeiten der Not und der unausgesetzten Angriffe von Seiten unserer Gegner. Wenden wir den Spieß um und bleiben bei unserer Parole: **Wir greifen an!** E. D.

Die Abrüstungskonferenz in Genf

Am 2. Februar wird sie nun endlich beginnen. 13 Jahre nach der Gründung des Völkerbundes und nach dem feierlichen Versprechen der Sieger von 1918 abzurüsten, die im Versailler Vertrag Deutschland zwangen zur Entwaffnung, „um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen“. Man muß zugehen, die politische Atmosphäre ist zurzeit für die Konferenz nicht sehr günstig. Aber die wirtschaftliche Not schreitet geradezu nach einem entscheidenden Schritt in der Abrüstungsfrage und nach einer produktiven Verwendung der ungeheuren Summen, die für Militärzwecke verpulvert werden.

Die furchtbaren Erlebnisse des Weltkrieges hatten in den Völkern die tiefe Sehnsucht nach einer dauernden Sicherung des Friedens und den Glauben an ihre Möglichkeit durch Abrüstung entstehen lassen. Ungezählte vermochten die ihnen zugemuteten Opfer nur in der Ueberzeugung zu tragen, daß dieser Krieg der letzte sei. Dieser Stimmung ihrer Völker beim Friedensschluß nicht

entgegenzukommen durften die Regierungen nicht wagen. So wurde die besonders von dem amerikanischen Präsidenten Wilson propagierte Idee eines Völkerbundes verwirklicht, dessen zentrale Aufgabe „die Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit“ sein soll. Im Artikel 8 der Völkerbundsatzung wurde die Notwendigkeit der Abrüstung ausgesprochen. Der Artikel lautet:

„Die Bundesmitglieder bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist. — Der Rat entwirft unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Verhältnisse eines jeden Staates die Abrüstungspläne und unterbreitet sie den verschiedenen Regierungen zur Prüfung und Entscheidung...“

Artikel 9 besagt: Ein ständiger Ausschuß wird eingesetzt, um dem Rate (des Völkerbundes) über die Ausführung der Be-

Stimmungen in Artikel 1 und 8 und überhaupt über Heer-, Flotten- und Luftschiffahrtsfragen zu erstatten.

Bis jetzt ist nun von seiten des Völkerbundes in der Abrüstungsfrage aber noch nichts durchgeführt worden. Der so schöne Elan am Kriegsende scheint seitdem erheblich gesunken zu sein, wenn er von seiten der Regierungen und Diplomaten überhaupt je ehrlich empfunden worden ist. Je weiter wir uns zeitlich vom Weltkrieg entfernen, desto mehr scheint der Eindruck seiner Schrecken zu verblassen, die Glorifizierung und Verniedlichung der Erinnerungen voranzuschreiten. Eine neue Generation wächst heran und vor allem die am Krieg und an Rüstungen Interessierten und Verdienenden können ihren Einfluß spielen lassen.

Eine große Beeinträchtigung erlitten die Abrüstungsbestrebungen gleich am Anfang dadurch, daß der überzeugteste Vertreter der Völkerbundsidee unter den Staatsmännern der Sieger, Wilson, von seinem Volk desavouiert, d. h. im Stiche gelassen wurde. USA. ratifizierte den Versailler Vertrag nicht, wurde kein Mitglied des Völkerbundes und unterzeichnete auch nicht den Garantiepakt, der Frankreich bei einem Angriff die Hilfe Amerikas sichern sollte. Da USA. das nicht tat, setzte auch England seine Unterschrift nicht unter diesen Pakt. Frankreich glaubte sich deshalb ungeschützt und auf sich allein angewiesen. Das mußte seinen Willen abzurüsten erheblich schwächen. Diese Erfahrung Frankreichs mit USA. war wohl der bitterste Tropfen im Kelch des Siegers, und unter den Folgen leidet Europa in der Nachkriegszeit. Eines der höchsten Ziele französischer Politik besteht in der Erlangung jener Sicherheitsgarantie durch USA. Wie sehr man es jenseits des Rheins erstrebt, geht aus dem Vorschlag des Abgeordneten Forgeot dieser Tage in der französischen Kammer hervor, der dafür sofort die französischen Militärausgaben um 25 Proz. verringern will. Leider werden die Amerikaner darauf nicht eingehen, bei denen der Hinterwälder Borah wie der Elefant im Porzellanladen unter Kraftsprüchen in der Außenpolitik herumtappet.

Nun ist es durchaus nicht so, als ob in bezug auf Abrüstung seit dem Kriege nicht geschehen sei. Die fünf größten Seemächte, USA., England, Frankreich, Japan und Italien hielten Seeabrüstungskonferenzen 1921 in Washington und 1920 in London ab und gelangten zu einer Festlegung ihrer Flottenstärken. 1927 fand eine Tagung zur Beschränkung der Seestreitkräfte zwischen USA., England und Japan in Genf statt, die durch den Washingtoner Vertrag nicht erfaßt wurden. Zu der Erfolglosigkeit dieser Konferenz trug bei, daß amerikanische Stahlfabrikanten einen Agenten zur Störung der Abrüstungsverhandlungen entsandten und besoldeten (Shearer). Sonst kam keine Rüstungsverminderung zustande. Soldaten gibt es heute mehr als vor dem großen Kriege, und besonders sind Stärke und Leistungsfähigkeit der Bewaffnung gestiegen, damit natürlich erst recht die Militärausgaben. Die offiziell zugestandenem beziffern sich nach dem Militärjahrbuch des Völkerbundes 1929 auf 19,7 Milliarden Mark. Damit könnte man, produktiv angewandt, die ganze Arbeitslosigkeit der Welt beseitigen!

Der Völkerbund hat auf seiner ersten Vollversammlung 1920 eine Abrüstungskommission und eine Abrüstungsabteilung im Völkerbundssekretariat eingesetzt. Nachdem der bereits erwähnte Garantiepakt nicht zustande gekommen war, wurde unter dem Einfluß der englischen Arbeiterregierung und insbesondere Macdonalds 1924 das sogenannte Genfer Protokoll geschaffen, das Schiedsverfahren bei Konflikten und Maßnahmen gegen den Angreifer vorsah. Aber die die Arbeiterregierung ablösende konservative Regierung Englands unterzeichnete dieses Protokoll nicht.

1925 wurde in Genf der vorbereitende Ausschuß für die Abrüstungskonferenz eingesetzt. Sie machte Untersuchungen, das schriftliche Ergebnis ihrer Arbeiten umfaßte etwa eine Million, ja eine Million Schreibmaschinenseiten. Die Quintessenz davon ist ein Abrüstungsentwurf, um den die Verhandlungen der Konferenz kreisen werden und den Deutschland als unannehmbar bereits erklärt hat. Er bedeutet eine starre Aufrechterhaltung der Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags gegenüber Deutschland und so vage Maßnahmen bei den gerüsteten Staaten, daß Deutschland darin nicht die Erfüllung des Versprechens des Vertrages erblicken kann, daß seine Entwaffnung die der anderen Länder im Gefolge haben solle.

Die Konferenz wird eine der größten werden, die die Welt je gesehen hat. 64 Staaten sind eingeladen. Alle Völkerbundsstaaten nehmen daran teil, auch USA. und Rußland werden vertreten sein. Einige Delegationen umfassen bis zu hundert und mehr Mitglieder. Von einer Reihe von Ländern werden die Ministerpräsidenten selbst kommen. Man rechnet mit einer Dauer der Konferenz von einigen Monaten, ja von $\frac{3}{4}$ Jahr. Daraus ergibt sich, daß die ständige Arbeit von Kommissionen geleistet wird und die repräsentativen Politiker nur zum Anfang und zu besonders wichtigen Sitzungen

erscheinen werden. Den Vorsitz führt der Genosse Arthur Henderson, Führer der englischen Arbeiterpartei und Vorsitzender der Internationale. Er bekleidet dieses Amt, obwohl er nicht mehr Minister, ja nicht einmal mehr Abgeordneter ist, so groß ist sein Ansehen und sein Ruf als Förderer der Abrüstung. Man kann darin ein Symbol sehen, tritt doch keine der großen Organisationen und Mächte der Welt mit solcher Entschiedenheit und Begeisterung für die Abrüstung ein wie die sozialistische Internationale.

Doch darf man sich von dieser Konferenz nicht allzu viel versprechen. Die Rüstungsinteressenten sind stark und verstehen es, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die Abrüstung kann und wird nur schrittweise vor sich gehen.

Von allen Regierungschefs dürfte der ehrlichste und zuverlässigste in der Vertretung der Abrüstung Macdonald sein. Er suchte seither, wo immer es nur möglich schien, die Lösung dieses Problems voranzubringen. Während des Krieges stand er in Opposition zu seiner Partei, erduldet Derachtung und Verfehlung, ohne sich dadurch irre machen zu lassen — er gehörte zu den Kriegsdienstverweigerern. England als Machtstaat hat freilich durch eine allgemeine Rüstungsbeschränkung nur zu gewinnen. Zu Lande ist es als Insel kaum anzugreifen. Mit seiner seitherigen Vormacht zur See ist es aber infolge des wirtschaftlichen Aufstiegs der Vereinigten Staaten von Nordamerika für immer vorbei, denen heute bereits die größte Flotte gehört. Eine Rüstungsbeschränkung hieße also Verhinderung des Anwachsens der Ueberlegenheit Amerikas zur See. So dürften die stärksten Antriebe zur Abrüstung von England kommen.

Die Macht, von der Erfolg oder Mißerfolg der Konferenz abhängt, ist Frankreich. Es ist politisch und wirtschaftlich zurzeit die stärkste Macht der Welt. Zum Unglück für die Abrüstung wird dieses Land mit der stärksten Rüstung geradezu von einer panischen Angst vor Deutschland beherrscht, so unglaublich das einem Deutschen klingen mag. Dazu kommt, daß die Rüstungsinteressenten einen sehr starken Einfluß auf die große Presse besitzen, also das Volk in seiner uns unnötig erscheinenden Furcht erhalten können. Seine Forderung heißt stets noch: erst Sicherheit, dann Abrüstung, während die Sozialisten, auch die französischen, sagen: Sicherheit kommt nur durch Abrüstung. Es traut der deutschen Entwaffnung nicht, sieht die anschwellende Flut der Nazis mit ihrem militärischen Theater, wundert sich darüber, daß ein Pole, der sich in Breslau den Stahlhelm aufmarsch anschaute, um in Warschau einen Zeitungsbericht zu bringen, wegen Militärspionage verurteilt wurde, kurz, es begreift Deutschland und deutsche Art nicht. Deshalb wird es keine Zugeständnisse in bezug auf Abrüstung machen, wenn ihm keine anderen Sicherheitsgarantien gegeben werden. Wenn aber das eine Land nicht abrüstet, behält das andere seinen seitherigen Rüstungsstand auch bei. —

Deutschlands Forderung auf der Konferenz lautet: Abrüstung auf den deutschen Stand. Es kann diese Forderung mit gutem Recht erheben, denn seine Entwaffnung wurde ja ausdrücklich als der Anfang der allgemeinen Abrüstung erzwungen. So kann es einmal auf Erfüllung des Versailler Vertrages dringen. Deutschland könnte eine schöne Rolle übernehmen, nämlich sich zum ehrlichen Vorkämpfer der allgemeinen Abrüstung bekennen. Wir Sozialisten sind überzeugt, daß es damit sich selbst und der Welt am besten dienen würde.

Ganz ohne Ergebnis wird die Konferenz nicht verlaufen. Das können die Regierungen den Massen gegenüber denn doch nicht wagen. Aber es kommen zu viele Diplomaten und zuviel Militärsachverständige nach Genf. Darum besteht die Gefahr, daß Beschlüsse gefaßt werden, die scheinbar dem Abrüstungsverlangen entgegenkommen, praktisch aber den alten Rüstungsstand beibehalten oder ihn gar noch erhöhen. Darauf muß die öffentliche Meinung achten, die im übrigen durch ihren Druck die Konferenz beeinflussen kann und soll.

Solch ein zweideutiger Beschluß wäre z. B. Beschränkung der Rüstungen durch Budgetbeschränkung. Wenn dann staatliche Rüstungsbetriebe verkauft werden, kann mit dem Erlös unter der Hand aufgerüstet werden. Wir kennen ja den Wind, der gegen die öffentliche Wirtschaft weht. Den Zweideutigkeiten wäre ausgewichen, wenn im Gegenteil beschlossen würde, die privaten Rüstungsbetriebe zu verstaatlichen. Damit würde auch eine der übelsten Korruptionsquellen verstopft. Rüstungsindustrielle würden keine Zeitungen mehr für Rüstungspropaganda und Kriegsmärchen über den Nachbar aushalten. Hat nicht dieser Tage das Comité des forges (Verband der Schwerindustrie) eine der verbreitetsten Pariser Zeitungen, „Matin“, gekauft? Darum lautet die Forderung unserer Internationale des Personals öffentlicher Dienste an die Abrüstungskonferenz: Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, solange nicht total abgerüstet ist. D. Hartig.

Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 4

Berlin, den 30. Januar 1932

3. Jahrgang

Der Stand der gemeindlichen Arbeitsfürsorge

Wie anfänglich hart bekämpfte Einrichtung der Arbeitsfürsorge, die die Gemeinden, insbesondere die Großstädte, schufen, um Teilen des immer stärker anschwellenden Heeres der Wohlfahrtserwerbslosen Arbeitsgelegenheit und vorübergehend Lohn und Brot zu bieten, blickt nunmehr auf längere Erfahrungen zurück. Sie könnte bereits aus ihren Kinderkrankheiten herausgewachsen sein, würden nicht immer wieder Lohnsenkungen und andere Verschlechterungen der Lage der Fürsorgearbeiter Erschütterungen des sozialen und wirtschaftlichen Gefüges der Arbeitsfürsorgeorganisation hervorrufen.

Die gemeindliche Arbeitsfürsorge hat bekanntlich den Zweck, die seit längerer Zeit erwerbslosen arbeitsfähigen Empfänger von Fürsorgeunterstützung (Wohlfahrtserwerbslose) wieder einer regelten Arbeit zuzuführen und sie auf ihren Arbeitswillen hin zu prüfen. Sie gibt den Wohlfahrtserwerbslosen nach Maßgabe des § 19 Abs. 1 der Fürsorgepflichtverordnung eine versicherungspflichtige Beschäftigung bei zusätzlichen und gemeinnützigen Arbeiten, die mindestens 32 Stunden wöchentlich geleistet werden muß. Die Entlohnung der in der Arbeitsfürsorge beschäftigten Erwerbslosen entspricht in der Regel den Lohnsätzen des Gemeindegewerbetarifs für den ständigen ungelerten Gemeindegewerbetarifs.

Noch als zu Beginn des Jahres 1931 die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen zu steigen begann, bestand die Hoffnung, durch Beschäftigung bei zusätzlichen Arbeiten vielen Wohlfahrtserwerbslosen die Freude der Betätigung zu verschaffen und die Möglichkeit zu bieten, wieder einmal die wirtschaftlichen Verhältnisse, wenn auch nur notdürftig und vorübergehend zu ordnen. Das Jahr 1931 hat leider einen dicken Strich durch diese Rechnung gemacht. Auch jene Großstädte, die vorausschauend in den letzten Jahren eine großzügige Arbeitsfürsorge ausbauten, mußten auf die Inangriffnahme weiterer Projekte verzichten und mit einem Abbau sich abfinden.

Die Arbeitsfürsorge hat ihre Bedeutung je nach ihrer Bewertung und Einschätzung durch die einzelnen Kommunen erlangt. Wenn man sich vor Augen hält, daß manche Großstädte für die Arbeitsfürsorge so gut wie keine Aufwendungen machten und andere wieder, wie Düsseldorf, Essen, Hamburg mehrere Millionen für die Arbeitsfürsorge seit Jahren in den Etat einstellten, weil sie größeren Wert auf Arbeitsfürsorge als auf Unterstützungsfürsorge legten, so wird das ohne weiteres ersichtlich. Wenn zwar auch alle Städte, auch diejenigen, die den organisatorischen Apparat der Arbeitsfürsorge bereits gut ausgebaut haben, sich jetzt weitgehende Beschränkungen in der Mittelbewilligung dafür auferlegen müssen, so ist indes nach den letzten monatlichen Schnelldiensten des Deutschen Städtetages die Zahl der von den verschiedenen Großstädten beschäftigten Fürsorgearbeiter noch immer ganz erheblich. Es beschäftigt Fürsorgearbeiter:

	30. Sept. 1931	31. Okt. 1931	30. Nov. 1931		30. Sept. 1931	31. Okt. 1931	30. Nov. 1931
Berlin	12862	10835	9681	Köln	3252	2825	2037.
Hamburg . . .	1587	1101	912	Frankf.a.M.	831	690	649
Leipzig	452	337	427	Essen	6576	7057	6475
Düsseldorf . .	5096	5287	5363	Duisburg . .	1048.	944	1084
Dortmund . . .	4765	4589	4152				

Mit Hilfe der Arbeitsfürsorge sind für die Kommunen und für die Allgemeinheit nützliche, wertvolle und zum Teil sehr erfreuliche Gemeindeaufgaben geleistet worden. Die Arbeiten dienen der Verschönerung des Stadtbildes, der Schaffung von Grünflächen, Sport- und Spielflächen, dem Ausbau des Hochwasserschutzes, der Verbesse-

rung von Straßen und Wegen, der Erschließung von Waldungen und Parks, der Ertragssteigerung durch Entwässerungs- bzw. Drainagearbeiten usw. Vielfach wurde die Arbeitsfürsorge auch eingesetzt, um Kleingärten für Erwerbslose anzulegen, Brachgelände zu planieren oder Bekleidung und Schuhwerk aus Brodensammlungen für die Erwerbslosen herzustellen.

Besonders bemerkenswert ist, daß die vielfach aufgestellten Behauptungen, daß von den zur Arbeit aufgeforderten Erwerbslosen in der Regel 30 bis 40 Proz. die Arbeitsaufnahme verweigern, ohne Grund sind. Mag es noch vor 2 bis 3 Jahren zutreffend gewesen sein, daß viele Erwerbslose die Aufnahme von Fürsorge- oder sonstigen Nothstandsarbeiten ablehnten und so als selbstverschuldete Erwerbslose den Entzug der Unterstützung in Kauf nahmen, weil sie noch die Möglichkeit hatten, Gelegenheitsarbeit zu verrichten, so sind im Jahre 1931 die Fälle selbstverschuldeter Erwerbslosigkeit äußerst selten geworden. Es haben sich im Gegenteil die Wohlfahrtserwerbslosen in den Arbeitsfürsorgestellen der Fürsorgeämter nach Arbeit gedrängt und es dankbar aufgenommen, wenn sie Arbeit erhalten könnten, obgleich sie oft nicht sehr viel mehr verdienen als sie bei Nichtbetätigung an Unterstützung erhalten haben würden.

Die Arbeitsleistungen sind allgemein als zufriedenstellend bezeichnet worden. Vielfach haben die Fürsorgearbeiter Leistungen vollbracht, die normalen Arbeitsleistungen nichts nachgeben, so daß auch die meist von Unternehmerseite behauptete Minderleistung, die mit 20 bis 25 Proz. gegenüber der freien Arbeit beziffert wurde, ad absurdum geführt worden ist. Dabei ist zu bedenken, daß es sich um Arbeitskräfte handelt, die entweder die schweren Erarbeiten körperlich nicht gewöhnt waren oder aber der nötigen Fachkenntnisse entbehrten.

Don einschneidender Wirkung auf die Lebensverhältnisse der Fürsorgearbeiter waren die im Jahre 1931 zweimal vom Arbeitgeberverband der öffentlichen Betriebe auf Grund der Notverordnungen diktierten Lohnkürzungen. Am 1. Januar 1932 ist bereits wieder eine neue, dritte Lohnkürzung eingetreten, die zur Folge hat, daß die Fürsorgearbeiter in ihrem Lohne fast auf der gleichen Ebene liegen mit den Fürsorgearbeitern.

Die letzte Lohnkürzung wirkt sich, um es am Beispiel einer mitteldeutschen Großstadt darzulegen, die ihre Fürsorgearbeiter entsprechend ihrem Familienstand 32, 40 bzw. 48 Stunden wöchentlich arbeiten läßt, wie folgt aus:

Arbeiter	Stundenlohn	Wöchl. Arbeitszeit	Bruttoverdienst	Nettoverdienst	Jeglicher Fürsorgeunterstützungssatz
	Mk.	Stunden	Mk.	Mk.	Mk.
ledig über 21 Jahre . .	—,70	32	22,40	20,32	6,— bzw 9,—
Mit Frau ohne Kinder	—,70	32	22,40	20,32	14,50
" " und 1 Kind	—,72	32	23,04	20,96	18,60
" " " 2 Kindern	—,74	40	29,60	26,88	22,70
" " " 3 " "	—,76	40	30,40	27,53	26,80
" " " 4 " "	—,78	48	37,44	33,96	26,80
" " " 5 " "	—,80	48	38,40	34,92	26,80
" " " 6 " "	—,82	48	39,36	35,40	26,80

Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß die Löhne bei einzelnen Gruppen sich fast mit dem Unterstützungssatz schneiden, was ein unmöglicher Zustand ist. Da die Löhne festliegen und die Gemeinden über die Höhe der Löhne der Fürsorgearbeiter, die in der Regel sich nach dem Tarif für den ständigen ungelerten Gemeindegewerbetarifs richten, nicht mehr frei bestimmen dürfen, bleibt lediglich der Ausweg einer Senkung in der Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit übrig, um die Diskrepanz zwischen Lohn und Unterstützung wenigstens etwas auszugleichen. Oswald Bauer.

Arbeitseinteilung der Zivilhandwerker und Kammerarbeiter bei den Truppen

Unter dem 21. Oktober 1931 hatte der Reichswehrminister eine Verfügung über die Arbeitseinteilung der Zivilhandwerker und Kammerarbeiter bei den Truppen erlassen, deren Anwendung aber vielfach mit ihrem Inhalt im Widerspruch steht. Zur notwendigen Orientierung für die Kollegen geben wir nachstehend die Verfügung wörtlich wieder:

„1. Im Verlauf der Bestrebungen, die Soldaten immer mehr vom Arbeitsdienst zu befreien und dadurch die Frontstärken zu erhöhen, dürfen vom 1. November 1931 ab auf den Kammern der Reiterregimenter sowie aller Bataillone und Abteilungen Mannschaften für Arbeitszwecke nicht mehr verwendet werden. Für diese Arbeiten ist von dem genannten Zeitpunkt ab bei jedem dieser Verbände je ein Kammerarbeiter oder eine Arbeiterin zu beschäftigen, soweit solche nach dem Erlass vom 30. Oktober 1924 Nr. 682, 10. 24 V 4 Va, Anlage, I. B. Nr. 2 nicht bereits vorhanden sind. — 2. Aus Eingaben und bei örtlichen Prüfungen ist festgestellt worden, daß die Zahl der auf den Fließbänken der Truppen beschäftigten Zivilhandwerker bei sonst ungefähre gleichen Truppenstärken und Unterbringungsverhältnissen recht verschieden ist. Die infolge der geringen Haushaltsmittel allgemein notwendige, streng durchzuführende Sparsamkeit muß auf den Truppenfließbänken noch mehr als bisher Geltung erhalten. Die im Vergleich mit den in der Nachkriegszeit verwendeten minderwertigen Tüchern und Leder jetzt im Gebrauch befindlichen besseren Stoffarten, ferner das Auflegen von Sohlen im Klebverfahren sowie die umfangreiche Verwendung von Maschinen ermöglichen es, die Zahl der Handwerker dort zu vermindern, wo es noch nicht oder nicht in ausreichendem Maße geschehen ist. — Nach den Feststellungen bei zweckmäßig wirtschaftenden Truppenteilen genügen 1 Schuhmacher für 130 zu versorgende Köpfe, 1 Schneider für 110 zu versorgende Köpfe; mithin müssen z. B. für ein Infanterie-Bataillon ohne Zuteilung 5 Schuhmacher und 6 Schneider als ausreichend angesehen werden. Einzelne Truppen sind noch unter diesen Zahlen geblieben. Neben diesen ständig beschäftigten Handwerkern können im Bedarfsfälle solche noch vorübergehend eingestellt werden, z. B. nach den Herbstübungen, bei der Einstellung von Rekruten, Inanspruchnahme neuer Garnituren usw. — Von den vorgenannten Zahlen darf nur dort abgewichen werden, wo die Unterbringungsverhältnisse das Zusammenlegen der Handwerker in Regiments-, Bataillons-, Abteilungs- oder Standortfließbänken nicht zulassen. — Die Verminderung der Zahl der Handwerker ist nach Maßgabe des natürlichen Abganges (Tod, Ausscheiden usw.) oder durch Beschäftigten an anderer Stelle, z. B. als Arbeiter auf den Bataillons- usw. Kammern nach Ziff. 1 durchzuführen. Entlassungen zu dem genannten Zwecke sind zu vermeiden. — Die Wehrkreiskommandos und Kavalleriedivisionen werden ersucht, der Forderung unter Ziffer 2 besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die ihnen beigegebenen Intendanturbeamten müssen sich bei jeder Gelegenheit von dem Fortschritt auf diesem Gebiete überzeugen und durch Vergleichen mit anderen Truppen und Weitergeben günstiger Erfahrungen bei diesen sowie durch Anregungen sonstiger Art die vorbezeichnete Sparmaßnahme fördern. Einfordern von schriftlichen Unterlagen für diesen Zweck ist verboten.“

3. Die Sparmaßnahme unter Ziff. 2 muß sich auch auf die Waffenschulen und sonstige Dienststellen, denen Handwerker besonders genehmigt worden sind, erstrecken. Diese Stellen sind daher ebenfalls einer eingehenden Prüfung hinsichtlich der Verminderung der Zahl der Fließhandwerker zu unterziehen.

4. Die bei der Rf. 1, Nr. 2 Bl. 4, ZR. 15, NR. 6 und NR. 4 schwebenden Versuche mit Kammerarbeiterinnen zur Entlastung der Truppen vom Arbeitsdienst sind mit dem 1. November 1931 einzustellen. Die Arbeiterinnen sind in erster Reihe in den nach Ziff. 1 geschaffenen Stellen für die Bataillons- usw. Kammern, sonst wenn irgendmöglich in anderen Stellen der Truppen und Behörden weiter zu beschäftigen. Soweit ihnen auf diese Weise nicht geholfen werden kann, bleibt nur Kündigung wegen Organisationsänderung unter Innehaltung der gesetzlichen Frist und gegebenenfalls Zahlung von Übergangsgebühnen nach dem ZAR. übrig.

5. Die Löhne für die nach Ziff. 1 bewilligten Arbeitskräfte für die Bataillons- usw. Kammern sind bei den Selbstbewirtschaftungsmitteln „Bekleidungsanfangssetzung (S. 6e)“ zu buchen. Sie werden, soweit sie dort oder bei „S. a Bekleidung“ nicht bereits verfügbar sind, durch Minderung der Zahl der Handwerker (Ziff. 2) gewonnen werden können. Auch kommen Zuschüsse aus den von den Wehrkreiskommandos und Kavalleriedivisionen etwa zurückgehaltenen Beträgen aus den Instandsetzungsmitteln für 1931 sowie Ausgleichs mit Truppen, die in S. 6e noch über ausreichende Mittel verfügen, in Frage. — Kann der Geldbedarf für die Arbeitskräfte auf den Bataillons- usw. Kammern für 1931 aber auch auf diese Weise nicht gedeckt werden, darf der Fehlbetrag dem Reichswehrministerium (Geeresverwaltungsammt) angemeldet werden. Ob und inwieweit es möglich sein wird, die Fehlbeträge bereitzustellen, kann jedoch noch nicht übersehen werden.

6. Die Versuchstruppenteile — Ziff. 4 — melden die durch die Einstellung der Versuche im Rechnungsjahr 1931 freiwerdenden Geldmittel für Kammerarbeiterinnen nach Erfüllung aller Verpflichtungen den Wehrkreiskommandos und Kavalleriedivisionen. Diese geben sie mit den etwaigen Geldbedarfsanmeldungen zu Ziff. 5 und einem Bericht über die Durchführung der Anordnungen unter Ziff. 1 bis 4 zum 25. Januar 1932 hierher weiter. Der Bericht muß unter anderem erkennen lassen,

wie der Bedarf an Arbeitskräften für die Bataillonskammern gedeckt worden ist, wann und in welchem Umfange die Truppen die Minderung der Zahl der Handwerker durchgeführt haben oder es noch beachtlichen, wieviel Kammerarbeiterinnen von den Versuchstruppenteilen (Ziff. 4) gekündigt werden mußte.

Vorlage der Berichte usw. von den Wirtschaftstruppenteilen an die Wehrkreiskommandos und Kavalleriedivisionen zum 15. Januar 1932.“

Darstehende Verfügung bedingt zunächst eine Umstellung bezüglich der Erledigung der Kammerarbeiten, indem Soldaten für diese Betätigung nicht mehr in Betracht kommen sollen. An ihrer Stelle sind nunmehr Kammerarbeiter oder -arbeiterinnen zu beschäftigen. Durch die Bestimmung unter Ziffer 4 der Verfügung soll ein bei den darin bezeichneten Truppenteilen gemachter Versuch, Kammerarbeiterinnen zu beschäftigen, wieder rückgängig gemacht werden. Die durch diese Umorganisation freiwerdenden Arbeiterinnen sollen möglichst in anderen Reichsdienststellen untergebracht werden. Das letztere wird nicht in allen Fällen möglich sein, was wir außerordentlich bedauern, da wir der Auffassung sind, Entlassungen sollen unter allen Umständen vermieden werden. Andererseits können wir es leider nicht verhindern, daß eine solche Umorganisation durchge-

führt wird. — Was uns aber besonders veranlaßt, hier zu dieser Verfügung Stellung zu nehmen, sind die Bestimmungen in Ziffer 2, die die Sparmaßnahmen bei den Truppenfließbänken betreffen. Hiernach sollen Feststellungen erfolgen, ob die gegenwärtig vorhandene Zahl der Handwerker in diesem Bereich herabgesetzt werden kann. Diese Maßnahme wird mit dem nunmehr vorhandenen besseren Material sowie den besseren technischen Einrichtungen begründet. Von diesen Voraussetzungen ausgehend, werden die Kopffahlen der zu versorgenden Soldaten als Maßstab für die Beschäftigung von Schuhmachern und Schneidern angegeben. Sind danach zurzeit mehr Handwerker in einzelnen Fällen vorhanden, so soll gemäß Abs. 4 der Ziffer 2 die Verminderung durchgeführt werden. Es ist somit beabsichtigt, durch natürlichen Abgang von Handwerkern zu dem gesteckten Ziel zu gelangen. Damit ist klar zum Ausdruck gekommen, daß Entlassungen bei der Durchführung dieser Maßnahme zu vermeiden sind. Nun ist aber trotzdem von einzelnen Dienststellenleitungen auf Grund der Verfügung anders gehandelt worden, indem man erklärt hat, die Arbeitszeit müsse herabgesetzt werden, da zuviel Arbeitskräfte vorhanden seien und somit Mangel an Arbeit vorliege. Zu solchen Maßnahmen liegt keine Veranlassung vor, da die zur Verfügung stehenden Mittel keine Kürzungen erfahren haben. Auch nach Feststellungen des Hauptbetriebsrats wird im Reichswehrministerium der Standpunkt vertreten, daß die Dienststellenleitungen keine Veranlassung haben, so zu verfahren.

Ferner wird über das festgesetzte Arbeitspensum in der nächsten Vollziehung des Hauptbetriebsrats noch besonders zu reden sein. Die getroffenen Feststellungen haben zu einem Ergebnis geführt, das, in der praktischen Auswirkung gesehen, nicht erreicht werden kann. Schon die Tatsache, daß in den letzten Jahren die Garniturenzahl der Truppen erheblich vermehrt wurde, hat eine wesentliche Mehrbelastung der Handwerker ergeben. Es kann unter den gegebenen Entlohnungsverhältnissen von den Kollegen nicht verlangt werden, daß sie Leistungen wie im Lohnakkord stehend erbringen sollen, ohne die entsprechende Gegenleistung zu erhalten. Es ist deshalb notwendig, hier eine genügende Klarstellung der Verhältnisse herbeizuführen.

Rö.

Gaswerk

Feuer schüren, bei Tag und bei Nacht,
Wir haben dreißig Jahre gewacht.

Die Haut ward sprüggig, das Haar ward grau,
Feuer schüren, der Rauch stieg blau.

Doch die Stadt war Licht, die Stadt war Glanz,
Zu Dank den Heizern beim Feueranzug.

Wir haben nie die Pflicht vergessen,
Und haben uns kaum dabei satt gegessen.

Und heute heißt es: der Lohn ist zu hoch,
War's unser Glaube, der uns betrog?

Wir hatten geglaubt, daß die Alterszeit
Uns freundlich und sorgend und liebreich sei.

Der Glaube trägt, der Kampf trägt nicht,
Vorwärts: wir kämpfen für Kraft und für Licht!

Max Dortu

Zu der beabsichtigten Schließung der Staatstheater Wiesbaden und Kassel

Durch die preußische Sparverordnung vom Dezember 1931 sollen die Staatstheater Wiesbaden und Kassel mit Beendigung der Spielzeit (Sommer 1932) endgültig geschlossen werden. Dieser Beschluß hat in den Kreisen der Beschäftigten und auch darüber hinaus bei einem großen Teil der Bevölkerung der Städte eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Bei den Beschäftigten verständliche Erregung deshalb, weil man bisher immer geglaubt hatte, daß die preußische Staatsregierung die Bekämpfung der furchtbaren Erwerbslosigkeit mit anderen Mitteln vornehmen würde, als durch die beabsichtigte Stilllegung von Betrieben, die bisher Hunderten von Beschäftigten Lohn- und Erwerbsmöglichkeiten boten. Auch bei der großen Masse der organisierten Arbeiter ist dieser Schritt nicht verstanden worden, weil das schwere Befürchtungen über das Schicksal der anderen, insbesondere der kommunalen Theater hervorruft. Wir verkennen durchaus nicht die Finanznot des preußischen Staates, in die er durch die schwere Wirtschaftskrise geraten ist und es ist selbstverständlich und durchaus richtig, daß größte Sparsamkeit auf allen Gebieten zu walten hat, damit ein ausgeglichener Etat zustande kommt. Zu prüfen ist dabei allerdings, ob die Ersparnisse durch die Schließung wirklich so groß sind, daß sie die Balancierung des preußischen Staatshaushalts wesentlich beeinflussen, oder ob nicht die Versorgung der auf Wartegeld zu Segenden und der Erwerbslosen für die Anheimfallenden erheblich größer ist.

Als Mitte Dezember 1931 die erste Meldung über die beabsichtigte Schließung der beiden Theater Wiesbaden und Kassel auftauchte, war in der Kasseler Presse zu lesen, daß die Ersparnisse durch die Schließung des Kasseler Theaters im ersten Jahre 30 000 Mk. betragen würden. Diese Behauptung ist von maßgebender Stelle bis jetzt nicht widerlegt worden, also scheint sie sich zu bewahrheiten. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Wiesbaden, wo dem Staat durch die Verpflichtungen noch bestehenden Verträge und sonstiger Erfüllungen durch die Schließung des Theaters jährlich 500 000 Mk. Kosten entstehen. Diese Maßnahme ist nicht dazu angetan, dem Staat Mittel zu ersparen.

Trotzdem besteht immer noch die Möglichkeit, wenn nur der Wille dafür vorhanden ist, auch bei den Staatstheatern Ersparnisse zu machen. Ein Hinweis soll genügen, wie die früher beabsichtigten Sparmaßnahmen sich in Wirklichkeit ausgewirkt haben. Als im Jahre 1931 die Oper am Platz der Republik in Berlin einem ähnlichen Beschluß zum Opfer fiel, da wurden gerade die erwerbslos, die dieses Los am härtesten traf. Die beabsichtigte Sparsamkeit ist aber nur Theorie geblieben, denn wo wirklich hätte gespart werden können — bei dem riesig komplizierten Verwaltungsapparat — wurde auch nicht eine Stelle eingespart. Der preußische Staat leistet sich in dieser schweren Notzeit für die eine noch bestehende (Linden-) Oper vier Generalmusikdirektoren, wovon zwei abwechselnd monatlang in Amerika und anderen Ländern Konzerttournees ausüben und einer, was wohl kaum glaublich erscheint, bei einem Konkurrenzunternehmen tätig sein darf. Dazu kommen noch die Kapellmeister erster und zweiter Garnitur, die auch nicht in geringer Zahl vorhanden sind. Schon dieser eine Hinweis genügt, um zu zeigen, wo und was für Ersparnisse im Gesamtetat der Staatstheater erzielt werden könnten. Das nachzuprüfen und für Abhilfe zu sorgen, ist Aufgabe der Instanzen, denen das Wohl und Wehe der preußischen Staatstheater anvertraut ist und auch der Instanzen, die die Mittel dafür zu bewilligen haben. Zu dem Gebiet Sparsamkeit gehört auch, daß der Experimentierwut der Bühnenbildner, Regisseure usw. Einhalt geboten wird.

Deshalb wird die Absicht, die beiden Theater Wiesbaden und Kassel zu schließen, aufgegeben werden müssen und durch Sparmaßnahmen am Gesamtetat der Staatstheater deren Weiterführung zu sichern sein.

H. Fischer.

Aus unserer Bewegung

Düsseldorf. In der gut besuchten Versammlung der Gemeindearbeiter am Freitag, dem 15. Januar 1932, referierte Kollege Hoffmann über die Lage der städtischen Arbeiter. An Hand von Beispielen wies der Redner nach, daß durch die Lohnreduzierung die Wirtschaft nicht angekurbelt werde. Das beste Beispiel sei, daß die vollzogenen Lohn- und Gehaltskürzungen bei den städtischen Werken nicht einmal eine fühlbare Preisenkung ermöglichen. Neben dem offenen Lohnabbau versuche der kommunale Arbeitgeber noch einen weiteren Abbau durch falsche Auslegung der tariflichen Bestimmungen durchzuführen. Die bisher getroffenen Maßnahmen genügten ihm noch nicht. Deshalb habe der Bezirksarbeiterverband bereits den Bezirksrahmenvertrag,

die Lohngruppeneinteilung und die Ruhegeldordnung zum 1. April 1932 gekündigt. Damit beginne nunmehr für die Gemeindearbeiter der Kampf um den sozialen Inhalt des Tarifvertrages. — Die Versammlung stimmte nach diesen Ausführungen folgender Entscheidung zu:

„Nachdem die Löhne bis unter das Maß des Erträglichen gekürzt sind, wirkt es empörend, daß der Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Gemeinden auch noch den Bezirksrahmenvertrag, die Ruhegeldordnung und die Lohngruppeneinteilung zum 1. April 1932 gekündigt hat. Demgegenüber erklären die Gemeindearbeiter, daß weitere Verschlechterungen für sie unerträglich sind. — Da die erwähnten vom Arbeitgeber gekündigten Verträge der bezirkslichen Regelung unterworfen sind, ersuchen die Anwesenden die Bezirksleitung des Gesamtverbandes, schon jetzt alle maßgebenden Schritte zu tun, damit die vom Arbeitgeber geplanten Verschlechterungen verhindert werden. — Sind Verbesserungen der bestehenden Lohn- und Tarifbestimmungen nur durch eine geschlossene starke Organisation möglich, so ist eine solche Organisation erst recht notwendig in Zeiten der Wirtschaftskrise und des Abwehrkampfes. Die Versammelten fordern alle Gemeindeglieder auf, für eine geschlossene Kampffront in den Gemeindebetrieben zu sorgen. Diese Kampffront herzustellen, heißt dahinzuwirken, daß alle Gemeindeglieder Mitglied des Gesamtverbandes, Reichsabteilung Gemeindebetriebe, werden.“

RUNDSCHAU

Hilferuf des Reichsrats für die Länder und Gemeinden. — Reichsfinanzministerium bläst ab. Der Reichsrat nahm am 21. Januar folgende Entscheidung an:

I. Der Reichsrat stellt fest: 1. Der Einnahmerückgang in der Gesamtsumme der Steuern, Zölle und Verbrauchsabgaben des Reichs gegenüber den Vorjahren trifft, wenn man von der Industrieumlage und der Reparationsabgabe der Reichsbahn abieht, nicht das Reich, sondern bisher ausschließlich die Länder und Gemeinden, und zwar in Höhe von 1/4 Milliarden Mark gegen 1930 und von mehr als einer Milliarde Mark gegen 1928, während sich beim Reich wegen der Vortwegabläufe der Ledigensteuer, des Zuschlages zur Einkommensteuer und der Krifensteuer und wegen der übrigen Erhöhungen Millägänge und Mehreinflüsse die Waage halten. — 2. Infolge des Rückganges dieser Ueberweisungen und der eigenen Steuern, infolge der Ausfälle bei den Fortiten usw. sowie infolge der reichsgesetzlichen Beschränkung der Realsteuern ergeben sich bei den Ländern trotz strenger Einschränkungen noch große Fehlbeträge sowohl für 1931 (z. B. in Preußen ohne Anleiheaushalt 170 Millionen) als auch im Entwurf für 1932 Tilgung schwebender Schulden einzusehen, während das Reich den Haushalt für 1932 und den Entwurf für 1932 vorläufig gedeckt und dabei für 1932 eine von 420 auf 870 Millionen erhöhte Tilgung schwebender Schulden vorgesehen hat. Die Haushaltsanfänge des Reichs sind zwar durch die weitere ungenügende Entwicklung überholt; diese trifft aber im gleichen Maße auch die Länder und Gemeinden. — 3. Infolge Steigerung der Zahl der Erwerbslosen in Verbindung mit der Tatsache, daß von ihnen die Gemeinden als Wohlfahrtsverwalter nicht mehr 21 Proz., wie im Jahresdurchschnitt 1930, sondern etwa 35,6 Proz. (Stand vom November 1931) ganz und in der Krifenfürsorge nicht mehr 14,7 sondern 32,7 Proz. zu einem Anteil unterstützen müssen, sowie in Verbindung mit der erwähnten Kürzung der Steuerüberweisungen behalten auch viele Gemeindehaushalte für 1931 und 1932 große Fehlbeträge, deren Deckung nicht möglich ist. Die zusätzliche Ueberweisung des Reichs an die Gemeinden von 230 Millionen für Wohlfahrtslasten reicht demgegenüber nicht aus. Trotzdem hat das Reich im nächsten Jahre nur noch eine Ueberweisung von 60 Millionen vorgesehen.

II. Der Reichsrat ersucht die Reichsregierung im Interesse einer geordneten Finanzwirtschaft bei der Aufstellung des Haushalts für 1932 auf diese Tatsachen Rücksicht zu nehmen. Er ersucht die Reichsregierung insbesondere, an Stelle der für 1932 für das Reich allein vorgesehenen erhöhten Schuldentilgung in den Reichshaushalt von 1932 für das Reich nur die bereits sehr hohe gesetzliche außerordentliche Schuldentilgung von zusätzlich 420 Millionen einzustellen und die darüber hinausgehenden Beträge den Ländern und Gemeinden zur Vermeidung oder Deckung von Schulden zuzuwenden, um zu verhindern, daß Länder oder Gemeinden zusammenbrechen oder daß eine wirtschaftlich untragbare und im Gegensatz zur Preislenkungspolitik stehende Anspannung weiterer Steuern in Ländern und Gemeinden erforderlich wird, noch bevor sich der Erfolg der bisherigen Aktionen auswirken kann.

Ministerialdirektor Zarden vom Reichsfinanzministerium gab darauf folgende Erklärung ab:

„Die Reichsregierung verkennt die Bedeutung des Problems der Wohlfahrtsverwalterlasten, um die es sich wenigstens zum Teil in der Entschließung handelt, nicht. Sie hat das im Gegenteil durch verschiedene Maßnahmen auf diesem Gebiet im Laufe des letzten Jahres zum Ausdruck gebracht. Die Reichsregierung kann aber im Hinblick insbesondere auf die ungeklärten außenpolitischen Verhältnisse im Augenblick einer Erweiterung der bisherigen Maßnahmen nicht in Aussicht stellen. Sobald hier eine gewisse Klärung erfolgt ist, ist sie gern bereit, das Problem der Wohlfahrtsverwalterlasten zum Gegenstand weiterer Verhandlungen im Reichsrat zu machen.“

Wenn schon die Gemeinden solange warten sollen, so möchten wir aber dringend wünschen, daß ihnen dann Reichshilfe wird und daß sie nicht wieder mit leeren Worten abgeseift werden.

GÄRTNEREI · PARK · FRIEDHOF

Neujahresgedanken im Zeichen der Notgemeinschaft

Der von Professor Dr. Ebert schriftgeleitete „Deutsche Junggärtner“ überrascht durch seinen Neujahrs-„Glückwunsch“ für 1932, indem er feststellt: Das alte bisher herrschende System war das des Eigennuzes! Und er erwägt, sich auf den Standpunkt jener anderen Weltanschauung zu stellen, die da sagt: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz!“ Er sucht sich und den anderen auch klarzumachen, daß es falsch ist, sogenannte „günstige Konjunkturen“ rücksichtslos für sich auszunutzen. Alle diese Gedanken sind selbstverständlich unbedingt richtig, nur wurden sie bisher von jener Seite, auf der Professor Dr. Ebert als ein Führer steht, nicht vertreten. Gerade darum aber wirkt ihre Verkündung so überraschend. Hoffentlich werden sie nicht nur im „Junggärtner“ vorgetragen, sondern auch zum Grundsatz des Reichsverbandes erhoben.

Wir könnten uns vorstellen, daß z. B. in dem gegen die „Öffentliche Hand“ geführten Kampf des RddG. eine wesentliche Frontumstellung vor sich gehen könnte, wenn auch auf diesem Gebiete Eberts Worte im „Deutschen Junggärtner“ Richtschnur würden! „Sich selbst beherrschen und Auswüchse des Eigennuzes zurückstellen, heißt noch lange nicht, auf eigene Tatkraft und auf Doranstreben verzichten. Den Gemeinnutz voranstellen, heißt nur, bei allen Maßnahmen abwägen, ob nicht der Augenblicksvorteil zu einem Dauernachteile wird. Den „Gemeinnutz“ voranstellen, bedeutet zugleich den Zwang, nicht immer nur an sich selbst zu denken, sondern auch die Umwelt zu beobachten, sich verbunden zu fühlen mit der ganzen Volksgemeinschaft.“

So verständig und zugleich edel klingende Worte hörten wir von drüben seit langem nicht. Sollte etwa doch die „Notgemeinschaft des Gartenbaues“ sich langsam in Marsch setzen? Gewiß, sie ruft bereits auf zu einer Kundgebung im Rahmen der „Grünen Woche“ in Berlin, am Mittwoch, dem 3. Februar, nachmittags 4 Uhr, in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm, Saal IV. Da werden auch die Arbeitnehmer der Gärtnerei mit anzutreten haben!

Wie die Jugend früher für ihre Organisation gestrebt hat

Unserer älteren Generation ist gewiß ihr früherer Führer mit dem Epitheton „Vorwärts“ noch in guter Erinnerung. Er schrieb uns vor kurzem auf eine diesbezügliche Anfrage folgenden Brief:

Ihr möchtet von mir hören, wie wir Alten in unseren Junggärtner Tagen, so vor vier bis fünf Jahrzehnten, zur Organisation standen und für sie tätig waren. Ihr meint, eine Schilderung aus den Kindheitstagen der gärtnerischen gewerkschaftlichen Bewegung würde wohl die heutigen Junggärtner aufmuntern zur emsigen Agitation für die Bewegung. Diesen Glauben teile ich nicht.

Warum nicht? Die Jugend ist heute so ganz anders geartet als früher, und dann sind die Verhältnisse von damals gar nicht zu vergleichen mit den heutigen. Früher war das Gärtnerleben ein Hundeleben, heute ist es erträglicher geworden. Daß die heutige Jugend kaum daran denken wird, daß sie ihr erträglicheres Dasein zum guten Teil unserem jugendlichen Feuereifer im Eintreten für die Organisation zu verdanken hat, nehme ich ihr nicht sonderlich übel. Wir hatten unser Ideal: Raus aus dem Dreck! Und für Ideale kämpft man nicht um Dank.

Mitte der achtziger Jahre bäumte sich das Gefühl bei einigen Kollegen gegen unser menschenunwürdiges Dasein auf. Besprechungen im engeren Kreise folgten Reden in immer größer werdendem Ringe. Im alten „Deutschen Gärtnerverband“ war kein Raum für dieses Streben. Es entstanden die Fachvereine, die schnell großen Zuspruch fanden, denn jedes neue Mitglied war ein neuer Streiter, der seinen Ehrgeiz darin sah, für die Organisation zu werden. Wo immer ein solcher Streiter mit Kollegen zusammenkam, das Gespräch galt der Organisation. Aber man wartete nicht auf Gelegenheiten, mit Kollegen zusammenzukommen. Die Unorganisierten wurden aufgesucht und für die Organisation gewonnen. Jede Freizeit, die leider arg beschnitten war, war dem Werben gewidmet. Eine andere Unterhaltung kannten die jugendlichen Streiter gar nicht mehr. War irgendwo eine Versammlung

angesezt, so wurden stundenlange Wege nicht gescheut, um nur daran teilnehmen zu können. Helle Begeisterung lohte in jedem Streiter, die Bewegung war ihm ein und alles. Bei den damals üblichen „fürsichtigen“ Löhnen mußten die Unkosten für den Versammlungsbesuch, für Beiträge, für Tellerfassungen und so recht oft buchstäblich vom Munde abgepart werden; die Begeisterung erstetzte Brotbelag und warmes Mittagessen.

Auf den Herbergen der Großstädte waren ständig organisierte Kollegen anzutreffen, die es sich zur Aufgabe gestellt hatten, die aus den Kleinstädten zugereisten Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Wer in der Fremde einen guten Freund wußte, setzte sich brieflich mit diesem auseinander, ihn zum Beitritt zu bewegen oder gar die Gründung einer neuen Zählstelle zu ermöglichen. Aufklärende Druckschriften waren stets zur Hand, wenn ein Unorganisierter angetroffen wurde. Handzettel, die zum Besuch einer Versammlung aufriefen, waren spielend verteilt, die entferntesten und abgelegensten Gärtnereien blieben davon nicht verschont.

So arbeitete die Jugend damals mit einem Eifer, mit einer Begeisterung, aber auch mit einer Selbstverständlichkeit, als gäbe es gar nichts anderes. Und wie schwer war damals diese Kleinarbeit! Die Prinzipale paßten diesen „Hezern und Aufwieglern“ arg auf die Finger. So mancher Streiter ist um sein selbstloses Streben außer Lohn und Brot gekommen; mancher wurde in Acht und Bann getan, daß es ihm sauer ward, selbst fern von seinem Tätigkeitsort neue Stellung zu bekommen. Manch einer ward gezwungen, den Beruf ganz aufzugeben.

Diese intensive selbstlose Kleinarbeit hat die Bewegung zur ersten Blüte getrieben. Wo würde man heute noch solchen Idealismus finden können!

Ganz einzigartig aber stand die Tat eines jungen Kollegen, dem glühende Begeisterung um das Wohlergehen unserer Bewegung das Herz füllte. Was tat er? Kurz entschlossen schnürte er Pfingsten 1891 seinen Berliner, der mehr Flugblätter und Aufklärungsschriften, denn persönliche Habseligkeiten enthielt, und ging auf die Walze. Alle Gärtnereien, die am Wege lagen, wurden besucht. Ueberall wußte der Walzbruder ein Gespräch mit den Kollegen anzufangen, und immer wurden ein paar Flugblätter hinterlassen. Manche Kollegen wurden auf diese Weise für die Bewegung gewonnen. Rechtzeitig sorgte er, daß ihm von der Zentrale aus weitere Flugblätter und Aufnahmescheine nachgeschickt wurden. In den wenigen Städten Deutschlands, in denen bereits damals Zählstellen existierten, hielt er Vorträge in deren Versammlungen. Wo durch Einzelmitglieder öffentliche Versammlungen zu veranstalten waren, wurde dieses Mittel benutzt. Wo aber keinerlei Verbindung bestand, eine öffentliche Versammlung dagegen ratsam erschien, berief er selbst die Versammlung ein, ließ Einladungszettel drucken, die er selbst austrug, um dann abends die Versammlung zu leiten und aufklärende Vorträge zu halten. Natürlich klappte die Sache nicht immer, hin und wieder gelang es den im Geiste des alten Deutschen Gärtnerverbandes weiterlebenden Auchgärtnern, seine Veranstaltungen zu durchkreuzen; durch Saalabreibung oder ähnliche Mittel. Aber dadurch ließ sich unser Walzbruder nicht abschrecken, im Gegenteil, er kniete nur um so emsiger hinter seiner Aufgabe.

So zog er den Sommer und Herbst hindurch predigend durch Deutschlands Gauen, nur kurze Zeit zwischendurch Arbeit nehmend, um neue „Wandersleben“ zu erhalten, auf daß er der oft revidierenden Gendarmerie standhalten konnte. Die Mittel zu dieser Walzfahrt hat er teils aus eigenem Bestreiten, teils von den Unterstüßungen, die er unterwegs einheimste. Ein gut Teil ging davon für Saalmiete, Inserate, Handzettel, Porto und anderes drauf, was im Interesse der Organisation gebodet werden mußte.

Ja, solche Kerle waren wir früher. Ältere Kollegen waren in den Jugendtagen unserer Bewegung selten, ihnen fehlte das Verständnis oder sie hatten Furcht. Von beiden Sorten scheint es heute bei alt und jung auch noch reichlich zu geben.

So, nun mögt ihr diese Epistel der heutigen Jugend vorlesen. Es sollte mich freuen, wenn ihr mit euren Hoffnungen recht behaltet, nicht ich in der Befürchtung. Euer alter Vorwärts.

Für die Frauen

Stilles Heldentum der Proletarierfrauen

Nach Meinung unserer Gewaltpolitiker gebehrt „wahres Heldentum“ nur in verdreckten Schützengräben und im Hezen-sabbat wahnsinnigen Völkergemezels, das ja aber schließlich nicht durch die Leistungen des einzelnen, sondern durch die Zahl und Wirkungskraft der verfügbaren Kriegsmaschinen und Geldmittel entschieden wird.

Man sollte diese Gewaltanbeter in die Wohnungen der Arbeiterschaft führen und ihnen das Wirken der Proletarierfrauen zeigen. Hier wird mit der täglich wachsenden Not und dem immer drückender werdenden Sorgen ein Kampf geführt, der ohne Uebertreibung heldenhaft genannt zu werden verdient. Es ist für den Ernährer der Familie gewiß ein bitteres Los, von Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit betroffen zu werden. Aber es ist oft noch schwerer für die Frau aus dem schaffenden Volke, unter solchen Voraussetzungen überhaupt noch zu wirtschaften. Die karge Rechnung der proletarischen Haushaltsführung wird allzuoft durch Lohnabbau oder Unterstützungsenkung über den Haufen geworfen. Immer denkt dann die Familie: Mutter hat's schwer, aber sie wird's schaffen. Und wenn es dann doch geschafft wird, wenn der Hunger von Mann und Kindern ferngehalten wird, dann vermag vielleicht nur eine selbst von hundert Sorgen beladene Frau zu ermessen, wieviel Entbehrung die Mutter selbst sich auferlegt und wie sie jeden Pfennig dreimal umgedreht hat, ehe sie ihn ausgab.

Es gibt auch heute noch Frauen — die Modezeitungen der „vornehmen Gesellschaft“ bestätigen es uns —, die in lebhafter Sorge sind, daß sie im Frühjahr und Herbst nicht den sogenannten „lehten Schrei der Mode“ überhören. Einmal modisch nicht ganz auf der Höhe zu sein bedeutet ihnen eine Todsünde. — Ach, die Kleiderjungen der proletarischen Frau sind anderer Natur als die der Luxusweiber des fatten Bürgertums! Sie schauen nicht aus nach dem jeweils Neuesten. Ihr Streben geht dahin, alles Alte solange zu verwerten, bis buchstäblich nur noch Fezen übrigbleiben, die nicht einmal mehr das Flicker lohnen. Vor der „großen Dame“, die sich in grauenhafter Notzeit gedankenlos dem Diktat geldrassender Modekönige beugt, eckelt uns. Für die Arbeiterfrau, die bis in die Nächte für die Ihrigen näht, slikt und stopft, hegen wir Hochachtung.

Die Hakenkreuzler haben die Parole ausgegeben: „Die Frau gehört ins Haus!“ Nun, in hunderttausenden Proletarierfamilien würde es heute noch viel trostloser aussehen, wenn nicht so manche Arbeiterfrau, auf der die Last der Hausarbeit und der Kindererziehung ruht, in der Erwerbsarbeit ihre Glieder rühren würde.

Mutter muß für alles sorgen und an alles denken. Sie ist so recht der Mittelpunkt, um den die Wünsche und Ansprüche der Familienmitglieder kreisen. So manches müde, abgerackerte Proletariermütterchen mag stille Tränen weinen, wenn der rauhe Zwang der Dinge sie nötigt, ein Verlangen, einen Wunsch oder eine Bitte der Ihrigen abzuschlagen, weil es über ihre Kraft geht. Doch wie ein warmer Sonnenstrahl ist der Freudblick aus ihren Augen, wenn sie helfen und geben konnte — auch wenn sie selbst entbehren mußte. Das Leben von vielen hunderttausenden Arbeiterfrauen ist in diesem Sinne eine einzige Aufopferung.

Meistens ist die Frau auch der Finanzminister der Arbeiterfamilie. Die kargen Mittel wollen zwar fast nie reichen, aber sie müssen reichen. Auch dem Verbandskassierer wird sein Recht zuteil, denn Mutter weiß, daß die Gewerkschaft die große Familie ist, deren Angehörige in der jetzigen Katastrophenzeit ebenso auf Gedeih und Verderben zum Zusammenhalt gezwungen sind wie die Mitglieder der einzelnen Arbeiterfamilie. Wenn das Gefüge der freien Gewerkschaften immer noch steht und der Sturm der Krise und der Reaktion zu trocken vermag, so gebührt ein Hauptverdienst daran den Frauen der Gewerkschaftskollegen, die das Wohl ihrer Familie wie der arbeitenden Klasse richtig erkannt haben.

All dieses Heldentum der Arbeiterfrau ist nicht umdröhnt von Schlachtentoben, nicht umwittert von den stinkenden Schwaden der Giftgase. Aber wer will bestritten, daß dieses stille Heldentum der Frauen unserer Gewerkschaftskollegen für die Weiterentwicklung der Menschheit und für den Fortschritt des Gedankens der Freiheit von ungleich größerem Wert ist?

Die Kräfte, die hier im stillen wirken und Großes schaffen, sind Kräfte der Aufbaues. Sie sind inmitten des kapitalistischen Chaos Träger der neuen Zeit!

Aus den deutschen Gewerkschaften

Hermann Kube †. Nach mehrwöchigem Krankenlager verschied am 17. Januar der langjährige Kassierer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hermann Kube. Der Tod hat ihn im 67. Lebensjahr kurz vor seiner Pensionierung erreicht. Von einem Schlaganfall, den Hermann Kube im November 1931 erlitten, hat er sich nicht wieder richtig erholt. Kube wurde in Torgau geboren. Er war von Beruf Zimmerer. In seiner Berufsorganisation, der er seit 1889 als Mitglied angehörte, bekleidete er von 1889 bis 1903 das Amt eines besoldeten Kassierers der Zahlstelle Berlin. Im Jahre 1903 wurde er mit dem Amt des Vorsitzenden des Verbandsausschusses betraut. Im Jahre 1902 wurde er vom Stuttgarter Gewerkschaftskongress in die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gewählt. Seit deren Ueberfiedlung nach Berlin im Jahre 1903 vertrat er nun das Amt des Bundeskassierers. In der fast 30jährigen Tätigkeit hat er sich zweifellos das Vertrauen der Gewerkschaften erworben. Die Erfolge des ADGB wären nicht möglich gewesen, wenn neben anderen nicht auch die Kassenverhältnisse in bester Ordnung gehalten wurden. Kube war nicht nur Kassierer des Bundesvorstandes, sondern auch Geschäftsführer der Verlagsgesellschaft des ADGB. Er war Mitbegründer der Volksfürsorge, deren Aufsichtsrat er angehörte, er war ferner Aufsichtsratsmitglied der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, des Verbandes sozialer Baubetriebe, der Demog (Deutsche Wohnungsfürsorge AG.) und des Lindar-Fahrradwerks. Als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes war Hermann Kube Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank. Ueberall erfreute sich Hermann Kube des besten Ansehens. Bis zuletzt hat er seine Pflicht mit größter Gewissenhaftigkeit erfüllt. Ein beschaulicher Lebensabend sollte ihm nicht vergönnt sein. Wir werden des alten Freundes noch lange gern gedenken.



Abwehrstelle gegen den nationalsozialistischen Terror in der Beamtenschaft. Um dem nationalsozialistischen Terror in der Beamtenschaft entgegenzutreten, ist beim Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes eine Terror-Abwehrstelle errichtet worden, die folgenden A u f r u f erläßt:

„Beamte der Republik! Laßt euch nicht weiter durch den Terror nationalsozialistischer Agitatoren einschüchtern. Ihre Drohungen, republiktreue Beamte ohne Pension auf die Straße setzen zu wollen, sind leere Großpropaganda, denn das „Dritte Reich“ wird niemals kommen, es ist ein Phantom. Die deutsche Republik steht fest und unerschütterlich. — Wir greifen die Feinde der Republik an! Wer die deutsche Republik stürzen will, kann nicht Beamter der deutschen Republik sein. Beamte, die sich zum „Dritten Reich“ bekennen, werden jetzt rückwärts öffentlich mit Namen genannt; sie haben ihren Dienst nicht abgetan. — Es gibt jetzt aber auch im Bekennnis zur Republik keine Lauheit mehr. Die republikanischen Beamten merken sich die Namen derer, die mit den Nationalsozialisten sympathisieren und in ihre Versammlungen laufen. Auch sie werden jetzt öffentlich Farbe bekennen müssen! — Wir stehen fest zusammen. Wir verlangen aber auch von den Behörden, daß sie energisch dem nationalsozialistischen Unfug ein Ende machen. Wir sorgen dafür, daß jeder Fall nationalsozialistischen Terrors verfolgt wird.“

Der Aufruf schließt mit der Aufforderung, sich in allen Fällen an die Terror-Abwehrstelle beim Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1, zu wenden.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

200 Nationalsozialisten haben am 18. Januar in Berlin eine Laubentolonie überfallen. Bis hier sind 2 Tote, 1 Schwerverletzter und 6 Leichtverletzte zu verzeichnen.

Die Verwaltung der Arbeiterstadt Hohenmölsen im Zeiger Bezirk wurde durch die Kommunisten den Nationalsozialisten ausgeliefert, trotzdem die Sozialdemokraten und Kommunisten die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt haben.

Die Evangelische Zentralbank G. m. b. H. in Berlin, eine der größten Genossenschaften, hat ihre Schalter geschlossen. Die Schwierigkeiten der Bank werden in Zusammenhang mit dem Deba-Heim-Estand gebracht. Der geschäftsführende Direktor Kunde wurde wegen Betrugsverdachts verhaftet.

Rund 5 966 000 Arbeitslose wurden am 15. Januar gezählt. Die Zunahme seit dem Jahresende belief sich auf annähernd 300 000.

Bei einer Zugkatastrophe bei Amiens in Frankreich am 18. Januar wurden 11 Menschen getötet und 25 verletzt.

Das Internationale Arbeitsamt in Genf hat in einer Statistik 23 Millionen Arbeitslose auf der Welt festgestellt.

Aus unserer Bewegung

Die Bezirkskonferenz für Baden, Rheinpfalz und Saarland tagte am 10. Januar in Karlsruhe. Anwesend waren 102 Delegierte aus 36 Orten. Aus dem Tätigkeitsbericht der Bezirksleitung, den die Kollegen Bürker und Reinmüller gaben, entnehmen wir, daß die Mitgliederzahl im Bezirk von 24 000 auf 22 000 sank. Es folgte dann der Bericht des Kollegen Geiler (Freiburg) über die dritte Sitzung des Verbandsbeirats. In der ausgedehnten Diskussion über diese Berichte wurde insbesondere verlangt, der Jugendbewegung die größte Aufmerksamkeit zu schenken, in stärkstem Maße für Preisenkungen einzutreten und für die Erhaltung der demokratischen Republik alles zu tun. Auch an das Referat des Kollegen Kemptner vom Verbandsvorstand über „Die wirtschaftspolitische Lage und die Arbeiterkraft“ schloß sich eine lebhaft ausgeprägte. Die Konferenz endete mit Annahme einer Entschließung, die weiteren Preisabbau verlangt.

Die Bezirkskonferenz Brandenburg-Grenzmark am 17. Januar 1932 in Berlin umfaßte 107 Delegierte aus 95 Ortsverwaltungen. Außerdem waren anwesend Vertreter des Verbandsvorstandes und die Angestellten des Bezirks. Kollege Schmecker erstattete in gedrängter Kürze den Tätigkeitsbericht für das Jahr 1931, der das ungeheure Maß von Aufgaben zeigte, die von den angestellten und den ehrenamtlichen Funktionären in diesem Krisenjahr zu bewältigen waren. Die Mitgliederbewegung im Bezirk kann als erfreulich bezeichnet werden, ist doch gegenüber dem Höchststand von 1932 Mittaliedern am 1. Januar 1931 nur ein Rückgang von 1176 auf den Stand von 18 356 Mitgliedern am 1. Oktober 1931 festzustellen. Das ist ein Rückgang von nur 6 Proz., der im Verhältnis zu dem Ausmaß der Krise wirklich als äußerst minimal zu bezeichnen ist. Dasselbe belegen die Zahlen über den Markenumsatz. Im Durchschnitt der vier Quartale des Jahres 1930 wurden pro Quartal 223 644 Beitragsmarken abgesetzt, im Durchschnitt der ersten drei Quartale des Jahres 1931 (der Abschluß des vierten Quartals 1931 liegt noch nicht vor) waren es 213 711 Beitragsmarken pro Quartal. Das ist ein Minus von 9933 Stück je Vierteljahr oder 4½ Proz. An Unterstützungen aus der Hauptkasse des Verbandes wurden im Bezirk durchschnittlich im Jahre 1930 pro Quartal 57 756 Mk. gezahlt, im Durchschnitt des Jahres 1931 (hier wieder nur für die ersten drei Quartale) 58 821 Mark pro Quartal. Dazu kommen die aus Ortsmitteln gezahlten Summen an Unterstützungen jealicher Art. Kollege Schmecker schloß seinen Bericht mit herzlichen Dankesworten an die Funktionäre und mit dem Wunsch, daß die Kraft, die sich 1931 so gut bewährt hat, auch im Kampfjahr 1932 nicht erlahmen möge. — Hierauf sprach Kollege Scherff vom Vorstand über: „Die wirtschaftspolitische Lage und die Vierte Notverordnung.“ Dann erläuterte der Bezirkskassierer Burckardt die Beschlüsse der letzten Konferenz des Verbandsbeirats. An der Diskussion über die Berichte beteiligten sich 10 Delegierte. Die von der Ortsverwaltung Neudamm eingebrachten Anträge wurden der Bezirksleitung als Material überwiesen. — Kollege Gebert, der seit 1902 als Gauleiter des ehemaligen Deutschen Verkehrsbundes und später als Bezirksleiter des Gesamt-Verbandes für den Bezirk Brandenburg-Grenzmark tätig war, verabschiedete sich von den Verbandsfunktionären, nachdem er am 1. Januar 1932 in den verdienten Ruhestand getreten ist. Die Konferenz gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung, als sie die Bildung der Eisernen Front lebhaft begrüßte.

Die Bezirkskonferenz Bremen am 17. Januar umfaßte 72 Delegierte aus 35 Ortsverwaltungen. Bezirksleiter Funke berichtete über die Sitzung des Verbandsbeirats. Dann berichtete Kollege Tesch über die Tätigkeit des Bezirksvorstandes. Durch Arbeitslosigkeit und Lohnsenkungen trat ein kleiner Mitgliederverlust ein. Die Kassenverhältnisse der Ortsverwaltungen sind trotz der großen Anforderungen kerngesund. 50 Funktionäre aus dem Bezirk nahmen im abgelaufenen Jahre an den Bildungskursen der Bundeschule in Bernau teil. In der Diskussion wurde die Tätigkeit des Bezirksvorstandes gebilligt. Eine Anregung, die in der Bundeschule gewesenen Funktionäre zu einem besonderen Kursus zusammenzurufen, wurde dem Bezirksvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Ueber „Die wirtschaftspolitische Lage und die Vierte Notverordnung“ referierte hierauf Kollege Schreiber, Berlin. Mit einem begeisternden Schlußwort des Kollegen Funke und einem Hoch auf den Gesamt-Verband ging die Konferenz zu Ende.

Die Bezirkskonferenz Hessen/Hessen-Nassau am 10. Januar in Frankfurt a. M. hörte zunächst ein Referat des Kollegen Brenner, Berlin, über: „Die wirtschaftspolitische Lage“, an das sich eine rege Diskussion angeschlossen. Es folgte dann ein Bericht des Kollegen Stems über die dritte Sitzung des Verbandsbeirats. Die Aussprache hierüber ergab einmütige Anerkennung der Arbeiten des Verbandsvorstandes. Nachdem noch geschäftliche Mitteilungen gemacht worden waren, schloß Kollege Dergens die Konferenz mit einem kernigen Schlußwort, das in einen Ruf zur Einigkeit und Geschlossenheit ausklang, um die bevorstehenden schweren Kämpfe siegreich bestehen zu können.

Bezirkskonferenz Mitteldeutschland. Die Konferenz tagte am 17. Januar in Magdeburg. Kollege Fahrige gab den Tätigkeitsbericht des Bezirksvorstandes. Die Werbeaktion im 4. Quartal 1931 brachte dem Gesamt-Verband im Bezirk 550 Neuaufnahmen, wodurch der geringe Mitgliederverlust wieder ausgeglichen ist. — Kollege Rowald berichtete dann über die Sitzung des Verbandsbeirats, worauf Kollege Dittmer vom Verbandsvorstand ein ausführliches Referat über „Die wirtschaftspolitische Lage und die Vierte Notverordnung“ hielt. Die Diskussion über alle drei Referate ergab weitest gehende Übereinstimmung mit den Referenten und zeigte, daß der Kampfgeist der Kollegenschaft unerschütterlich ist.

In der Bezirkskonferenz Freistaat Sachsen am 10. Januar berichtete Kollege Sängler über die in den Jahren 1930/31 geleistete Arbeit innerhalb des Bezirkes Sachsen. Trotz steigender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ist die Organisation nicht erschütterter worden. — Kollege Preißler berichtete sodann über die wichtigsten Beschlüsse der letzten Beiratsitzung und knüpft an den Bericht über die Werbeaktion des 4. Viertelfjahres 1931 einen Hinweis auf die künftige Werbearbeit im Bezirk. Diese solle unter dem Gesichtspunkte durchgeführt werden, daß möglichst im gesamten Organisationsbereich des Gesamt-Verbandes unorganisierte und Fallchoranisierte für die in den kommenden Jahren zu führenden heftigen Kämpfen als Mitstreiter gewonnen werden. Kollege Schullz (Berlin) referierte sodann über: „Die wirtschaftspolitische Lage und die Vierte Notverordnung.“ Die Aussprache wurde in einer Entschiedenheit zusammengefaßt, die sich gegen die Nazis wendet und die Bildung der Eisernen Front begrüßt. — Kollege Preißler berichtete dann über den Wegfall der Krisenlohnsteuer bei den Arbeitern der öffentlichen Körperschaften in Sachsen und über die unternommenen Schritte zur Zurückzahlung zuviel erhobener Krisenlohnsteuer. Kollege Haurig (Limbach) berichtete, daß die Limbacher Gemeindegewerkschaft auf Betreiben der Kommunisten und der RGO. beim Bürgermeister beantragt hatten, die Ruhegeldordnung zu beseitigen. Die Bezirksleitung wird für Wiederherstellung des alten Zustandes Sorge tragen.

Die Bezirkskonferenz Schlesien tagte am 10. Januar in Breslau. Sie umfaßte 87 Delegierte aus 45 Ortsverwaltungen. Der Verbandsvorsitzende Frick Müntner referierte über „Die wirtschaftspolitische Lage“. In der Diskussion kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Kollegen, die der SAP. und denen, die der SPD. angehören. Schließlich fand folgende Entschließung einstimmige Annahme:

„Die durch die Vierte Notverordnung eingetretene neue Lohn- und Gehaltsentzug läßt auf die Lebenshaltung der gesamten Arbeiterschaft einen ungeheuren Druck aus. Volkswirtschaftlich betrachtet, kann der neue Lohn- und Gehaltsabbau nicht anders als eine absolut verfehlte Maßnahme gewertet werden. Die Verantwortung für die Auswirkungen der Lohn- und Gehaltsentzug muß in vollem Umfange die Reichsregierung übernehmen, die diese Maßnahme — entgegen allen Warnungen und Protesten der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei — durchgeführt hat. Von der Reichsregierung wird verlangt, daß sie die in der Notverordnung verbriefte Preisentzug schnellstens und in einer für den Arbeiterhaushalt wirklich fühlbaren Weise durchführt. Die Teilnehmer der Bezirkskonferenz erklären sich bereit, dabei die Behörden mit allen Kräften zu unterstützen. Sie fordern deshalb die Mitgliedschaften im Bezirk auf, bei der Durchführung der Preisentzugaktion tatkräftig mitzuwirken. Einen bedenklichen Mangel der neuen Notverordnung erblickt die Konferenz darin, daß keine Maßnahmen vorgesehen sind, die zu einer sofortigen Verminderung der Arbeitslosigkeit führen könnten. Im Hinblick auf die gespannte wirtschaftliche und politische Lage ruft die Bezirkskonferenz die Mitglieder zu verstärkter Aktivität auf. Unermüdete Werbearbeit für unseren Verband ist jetzt erst recht das Gebot der Stunde.“

Dann gab Kollege Drzybnicki den Geschäftsbericht des Bezirksvorstandes. Der Gesamt-Verband ist im Bezirk ohne nennenswerte Verluste bisher über die schwierige Krisenzeit hinweggebracht worden. Er mustert in Schlesien nahezu 25 000 Mitglieder. Die Zahl der Ortsverwaltungen und Zahlstellen konnte auf 95 erhöht werden.

Aachen. In der Mitgliederversammlung am 6. Januar 1932 referierte Kollege Lengersdorff vom Hauptvorstand über die Notverordnung. In der Diskussion kamen teils Zweifel an der Durchführung einer fühlbaren Preisenkung zum Ausdruck. Im Schlußwort betonte der Referent, daß die KPD. die Gelegenheit hätte, die Regierung zu stützen. Alles was an Verschlechterungen wieder beseitigt werde, seien keine Werke der KPD., sondern der SPD. und der freien Gewerkschaften. Wir befinden uns in einer Zeitepoche, die mit den Geburtswehen einer neuen Zeit zu vergleichen ist. Der in seinen letzten Zügen nochmals krampfhaft sich aufbäumende Kapitalismus werde bald einer neuen Welt- und Wirtschaftsordnung Platz machen müssen.

Fulda. In der gut besuchten Generalversammlung am 17. Januar gaben die Kollegen Herchenhau und Zentgraf den Geschäfts- und Kassenbericht. Trotz des wirtschaftlichen Niederganges hat sich die Mitgliederzahl gehalten. Der alte Vorstand wurde bis auf die Beisitzer einstimmig wiedergewählt. Dem Vortrag des Kollegen Fuhs schloß sich eine rege Aussprache an.

Hann.-Münden. In der Generalversammlung am 17. Januar 1932 referierte Kollege Tröger (Hannover) über die Wirtschaftskrise. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht, der von den Kollegen Michalki und A. Erenb. gegeben wurde, ging hervor, daß nur drei Mitglieder weniger als im Vorjahre zu verzeichnen sind. Mit einer Aufforderung zur tatkräftigen Mitarbeit konnte der Kollege Abel die vom besten Geiste getragene Versammlung schließen.

Liegnitz. In der Generalversammlung am 13. Januar ließ der Jahresbericht erkennen, daß die Ortsgruppe das Krisenjahr 1931 gut überstanden hat. Trotz der aus lokalen Mitteln gewährten Weihnachtunterstützung erhöhte sich der Kassenbestand um 571 Mk. Die Mitgliederzahl stieg von 1281 auf 1301. In die Ortsverwaltung wurden u. a. gewählt als 1. Vorsitzender Hermann Stoll, 2. Vorsitzender Paul Seifert, Kassierer M. Schmidt, Schriftführer Hermann Kienast. Unter den Besitzern befindet sich Kollege Buhlmann (RdK.).

Lübeck. In der Versammlung der Arbeiter, Angestellten und Beamten der öffentlichen Betriebe am 12. Januar sprach Kollege Orlopp (Verbandsvorstand) vom Gesamt-Verband über „Ursachen und Auswirkungen der Dritten Notverordnung“. Dem Referat folgte eine rege Aussprache, worauf folgende Entschließung einstimmig angenommen wurde:

„Die zahlreich erschienenen Besucher der gemeinsamen Vollversammlung der Abteilungen A, B, E fordern von der Reichsregierung die Befreiung der unerträglichen Härten des Lohnabbaues, stärkere Belastung tragfähiger Schulktern und Schonung der beschlagnahmten lebenden Bevölkerungsschichten. Die Forderung der Gewerkschaften, die Arbeitszeit, der technischen Entwicklung folgend, zu kürzen, wie die Verwirklichung der Arbeitsbeschaffung, wurde von der bürgerlichen Regierung nicht beachtet. Durch die neue Notverordnung wird zunächst nur die Kaufkraft des deutschen Volkes bis ins Untragbare herabgedrückt, was weitere Arbeitslosigkeit im Gefolge haben muß. Die Versammlung fordert deshalb weiter, daß nicht nur die in der Notverordnung vorgeschriebenen Preisfestsetzungen mit derselben Rücksichtslosigkeit durchgeführt werden, wie es bei dem Lohnabbau geschehen ist, sondern darüber hinaus eine allgemeine weitergehende Senkung des Preisniveaus. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, alle zu Gebote stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Preisabbau gemeinsam mit den übrigen Gewerkschaften herbeizuführen.“

Alsdann wurde der Bericht gegeben von dem Stand der Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer in den öffentlichen Betrieben, wobei festgestellt wurde, daß für die in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter der Reichsfinanzminister zugestanden habe, daß durch die früheren Lohnkürzungen die Notverordnung vom 5. Juli 1931 erfüllt sei, und daher die Krisenlohnsteuer als abgegolten zu betrachten ist.

Osnabrück. In der Delegiertentagung gab Kollege Bolwin den Geschäfts- und Kassenbericht. Neben dem Rückgang der Beiträge ist auch ein mäßiger Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Die wenigen Fahnenflüchtigen können aber den Bestand der Organisation nicht gefährden. Die Ortsgruppe Osnabrück steht fest und geschlossen da. Dierzehn Kollegen gehören dem Verband seit mehr als 25 Jahren an. Es wurde bekanntgegeben, daß die Gemeindegewerkschaft ihre seit dem 1. November 1931 gezahlte Krisensteuer zurückerhalten. Des weiteren wurde darauf hingewiesen, daß der Preisabbau von den Mitgliedern unter allen Umständen zu kontrollieren ist und Widerstände der Händlerchaft gegen den Preisabbau an den ADGB. zwecks Weiterverfolgung zu melden sind. Zum Schluß hielt Schriftsteller Wunderlich einen Vortrag über „Marxismus“.

Koßack. In der Mitgliederversammlung am 13. Januar referierte Kollege Orlopp, Berlin, über „Die Notverordnungen, deren Durchführung und die freigewerkschaftlichen Forderungen“. Nach der Aussprache und dem Schlußwort des Referenten fand folgende Entschließung einstimmig Annahme:

„Die Mitgliederversammlung des Gesamt-Verbandes lehnt die NotverordnungsPolitik der Reichsregierung mit aller Entschiedenheit ab. Sie verlangt die Befreiung der unerträglichen Härten des Lohnabbaues sowie eine stärkere Belastung der tragfähigen Schichten. Die Kaufkraft der beschlagnahmten lebenden Bevölkerung ist durch Lohn- und Arbeitszeitverkürzungen schonungslos geschwächt und muß zur weiteren Verschärfung der Krise beitragen. Die Versammlung verlangt deshalb von der Reichsregierung, daß die in der Notverordnung vorgeschriebenen Preisfestsetzungen mit derselben Rücksichtslosigkeit durchgeführt werden, wie die Lohn- und Gehaltsenkungen durchgeführt sind. Die Forderungen der Gewerkschaften, die Arbeitszeit der technischen Entwicklung folgend unter Aufrechterhaltung des Reallohnes zu kürzen, wurden von der bürgerlichen Regierung nicht beachtet. Auch die Dezember-Notverordnung bringt keinerlei Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit, schwächt die Kaufkraft des deutschen Volkes noch mehr. Der Verbandsvorstand wird aufgefordert, alles zu tun, um den Reallohn wiederherzustellen und alle gewerkschaftlichen Mittel anzuwenden, damit die vorgesehene Preisfestsetzung auch tatsächlich eintritt. Die Versammlung verpflichtet sich, alles zu tun, um die Arbeiterklasse für Durchsetzung dieser Forderungen mobil zu machen. Jede weitere Zerreißung der Arbeiterbewegung erschwert diesen Kampf. Die Versammelten werden deshalb mit aller Kraft an dem weiteren Ausbau ihrer Organisation mitarbeiten. Eiserne Disziplin und enge Zusammenarbeit ist in dieser Krisenzeit notwendiger denn je!“

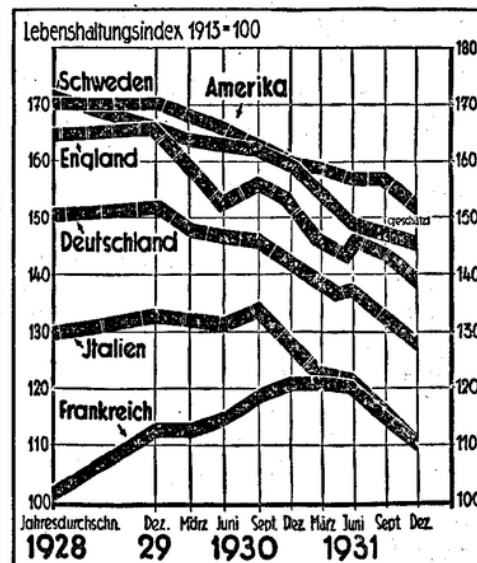
RUNDSCHAU

Der verspätete Einsicht. Es mußte erst die ganze Wucht der Wirtschaftskrise über Deutschland hereinbrechen, bis es bei vereinzelt „Wirtschaftsführern“ dümmerte, daß der vom Unternehmertum propagierte und von Brüning durchgeführte Lohn- und Gehaltsabbau die wirtschaftliche Pleite Deutschlands bedeutet. Nicht durch den Lohnabbau, sondern durch die Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend dem durch die Technik erreichten Produktionsstand und die Kaufkraftsteigerung kann die wirtschaftliche Gesundung herbeigeführt und die Arbeitslosen von den Straßen heruntergebracht werden. Die Zusammenhänge sind so klar, daß sie jeder Mensch begreifen kann. Das deutsche Unternehmertum aber war verstockt, es wendet sich selbst jetzt noch, bei 5,4 Millionen Arbeitslosen, gegen die Arbeitszeitverkürzung. Aber vereinzelt hört man aus dem Unternehmerlager jetzt auch andere Stimmen. In der „Dossischen Zeitung“ schreibt der Direktor eines großen industriellen Werkes:

„Die Industriekapitäne beschließen auf jeder Tagung in ihrer Weisheit, daß die Wirtschaftskrise nur durch Verlängerung der Arbeitszeit gelöst werden könne. Ist es denkbar, daß sie wirklich den Wald vor Bäumen nicht sehen? Sie möchten die ausländische Konkurrenz unterbieten, die sich doch mit der gleichen Waffe wehren würde. Die kurze Sicht dieses Standpunktes müßte ihnen nachgerade selbst Kargwerden sein. Ich bin überzeugt, daß die Verkürzung auf 40 Stunden der Entwicklung schon nicht mehr gerecht wird. Richtig ist, daß für eine einschneidende Begrenzung der Arbeitszeit zwecks Aufsaugung der Arbeitslosen eine internationale Vereinbarung anzustreben ist. Warum sehen nicht anerkannte Wirtschaftsführer auf, die es wagen, dieses Ziel mit der Kraft ihrer Autorität zu propagieren? Muß die industrielle Souveränität weiter als Fetisch gehütet werden, auch wenn die Industrie dabei zugrunde geht? Oder wollen die Führer der Wirtschaft in dieser vermeintlichen Reinigungsphase warten, bis auch die stärksten Säulen zu wanken beginnen? Nun, auch dann brauchen sie jetzt nicht mehr länger zu zögern! Der springende Punkt also ist: die erhöhte Produktivität, die ein Segen der Menschheit werden sollte und werden kann, ist zum Glück geworden, weil sie immer größere Massen der Weltzivilisation aus dem Produktionsprozeß hinausgerworfen und damit zu äußerster Einschränkung ihres Verbrauchs gezwungen hat. Hier grenzenloser Ueberfluß, dort grenzenlose Not! Das Heilmittel: Rückführung der Hinausgerworfenen zur Teilnahme an der Erzeugung und damit zur Steigerung des Verbrauches.“

Diese Feststellungen, die durchaus richtig sind, hätten ein Jahr früher gemacht werden müssen. Damals wären sie angebracht gewesen. Man suchte damals aber vergeblich unter den Unternehmern nach einer vernünftigen Meinung, und die Gewerkschaften, die solche Gedankengänge mit größter Entschiedenheit verfochten haben, wurden als unerlässlich in ihren Forderungen hingestellt. Jetzt, wo es den Unternehmern auch an den Krügen geht, worauf die großen leerstehenden Wohnungen und die vielen Pleiten schließen lassen, kommt diese Einsicht viel zu spät.

Die Verbilligung der Lebenshaltung in den wichtigsten Industriestaaten. Der Preissturz auf dem Weltmarkt bewirkte in allen Ländern der Erde seit der Mitte des Jahre 1930, zum größten Teil aber schon vorher, einen starken Rückgang der Lebenshaltungskosten. Es ist klar, daß die Lebenshaltungskosten



in den einzelnen Ländern verschieden berechnet werden, und auch die Lebenshaltungsindexzahlen geben deshalb kein Bild über die Preishöhe in den einzelnen Ländern. Man kann nur die Bewegung dieser Indexzahlen beobachten und daraus feststellen, ob in dem einen Lande sich die Lebenshaltung mehr verbilligte als in dem anderen. Man sieht, daß hauptsächlich im letzten Halbjahr 1931 eine Abwärtsbewegung der Lebenshaltungskosten in allen Ländern zu beobachten ist. Da die Zahlen auf dem Bilde über die Daluten auf Goldwert umgerechnet sind, ergibt sich auch ein starkes Abinken der Lebenshaltungskosten Englands. Betrachtet man die Einzelheiten der Preisgestaltung, so sieht man, daß die Preise für alle Artikel des täglichen Bedarfs mit wenigen Ausnahmen an der internationalen Preisentwicklung beteiligt sind. Lediglich die Wohnungsmieten folgen nur langsam der Abwärtsbewegung.

Die Kluft

Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

IV.

Als Joan den Fuß in die granitene Eingangshalle zur Delegiertenkonferenz setzte, wurde sie sich der Ironie bewußt, daß vielleicht gerade von diesem kahlen Tempel bürgerlicher Respektabilität eine große soziale Erhebung ihren Ausgang nehmen würde. William Royd trat ihr mit einem langen Gesicht entgegen. „Tut mir leid, aber ich sehe keine Chance, wie ich Sie hineinbugliere kann. Es ist bereits überfüllt und der Generalsekretär hat deswegen strikten Befehl erteilt, nur Delegierte einzulassen.“

„Können Sie ihm nicht sagen, daß ich ein ganz schwächtiges Ding bin?“ plädierte das junge Mädchen.

„Absolut zwecklos! Aber ich werde Sie ins Pressezimmer bringen, wo Sie alles Wissenswerte beinahe so schnell erfahren wie ich selbst. Beim Lunch gebe ich Ihnen dann einen ganz wortgetreuen Bericht. Einverstanden?“

„Ich bin Ihnen hier nur im Wege. Möchten Sie lieber, daß ich zum Gordon Square zurückfahre und Sie dort erwarte?“

„Nein, im Gegenteil. Ich habe Sie dem Generalsekretär geliebt, und der kann Ihrer von einem Moment zum anderen bedürfen.“

„Wirklich, William? Ich werde mich gehörig abrackern. Laden Sie mich jetzt flugs irgendwo ab, und streichen Sie mich dann aus Ihren Gedanken, bis Sie das Bündel wieder abholen.“

Royd blickte von seiner stattlichen Höhe lächelnd auf sie herab, während er mit ihr zu einem Nebenzimmer schritt, wo das Heer der Presseleute mehr oder weniger hitzig über die Situation plapperte oder schwatzte.

„Wem könnte ich Sie wohl anvertrauen?“ murmelte er, auf der Schwelle stehend.

„Bitte, sorgen Sie sich nicht mehr um mich!“ wehrte Joan. „Lassen Sie mich treiben, bis ich meinen Kurs finde. Im möchte auch gar nicht an ein unwilliges männliches Wesen gekettet werden, das meint, stoßweise Höflichkeitsfloskeln aufzuspüren zu müssen.“

Die Glocke des Dorstigen im benachbarten Saal mahnte Royd an seine Pflicht.

Als er verschwunden war, verkroch sich Joan in eine tiefe Fensternische. Wieviel interessanter war es doch, dieses Gewimmel zu beobachten, als mit einem voreingenommenen Journalisten, dessen Gedanken ganz woanders weilten, ein Gespräch zu führen! ... Bisher hatte sie noch keine Gelegenheit gehabt, die Londoner Presseleute bei der Arbeit zu sehen — ihre einstudierte Miene, die völlige Gleichgültigkeit spiegelte, und die betont zufällige Art, mit der jeder, dem man die kleinste Neuigkeit zutraute, umlagert und eingekreist wurde, so daß ihm nur eine gewaltsame Flucht übrigblieb.

„Wollen Sie mir die Störung verzeihen? Mein Freund William Royd gab mir den Auftrag, mich um Sie zu kümmern.“ Joan fuhr herum: neben ihr stand ein blonder Hüne. Mein Name ist Dacre, Anthony Dacre.“

„Nett von Ihnen! Dacre — sind Sie der Novellenschreiber? Ich habe sehr viel von Ihnen gelesen.“

„Das ist von Ihnen nett. Uebrigens sehe ich Sie heute nicht zum erstenmal.“

„Wir lernten uns nicht kennen. Es war kurz nach dem Kriege, und Sie sprachen in einer großen Frauenversammlung über Frauenorganisation und Gewerkschaften. In der Eszehalle, erinnern Sie sich? Ihre Ausführungen machten einen großen Eindruck auf mich.“

„Warum diese schamlose Schmeichelei?“

„Aber nein, es ist Tatsache. Mir imponierte weniger das, was Sie sagten, als Ihre fabelhafte Vertrautheit mit allen Arbeiterproblemen.“

„So, so!“ Joan lächelte. „Den ersten berühmten Mann habe ich also schon gekapert. Nun zeigen Sie mir die anderen Löwen hier.“

„Der erste berühmte Mann verneigt sich dankend,“ sagte Anthony Dacre feierlich. „Lassen Sie mich mal Umschau halten, wer hier ist.“

„Ah, da ist Parma de Prag!“ meldete sich Dacres Stimme. „Die müssen Sie in Ihrer Fundliste verzeichnen.“

„Welch drolliger Name! Was treibt diese Schönheit hier?“

„Es ist Londons bekannteste Reporterin“, flüsterte er hitzig, da Miß de Prag sich ihnen näherte.

„So weit fort heute von Ihrem uralten Revier, schöne Frau?“ begrüßte Dacre sie. „Darf ich Ihnen Miß Craig vorstellen?“

Miß de Prag schenkte Joan die flüchtige Aufmerksamkeit, die sie einem Stäubchen auf ihrem Ärmel gewidmet haben würde, und wandte sich dann sofort wieder an Dacre.

„Dies wird die größte Sensation nach dem Kriege. Ich mache die Reportage für die amerikanische Presse und werde eine glänzende Geschichte hineinflechten. Auf Wiedersehen!“ Und lässig trieb sie von dannen.

„Nun wird sie eine herzerreißende Mär zusammenbrauen, wie Jimmy Brown, als er für den Streik stimmte, seiner teuren Mutter gedachte!“ kommentierte der Journalist, sobald sie außer Hörweite war. „Und obwohl der arme Jimmy sie vielleicht nie gesehen hat, wird er doch nicht imstande sein, es abzuleugnen!“

„Da links ist Bennett, Redakteur Ihrer größten Arbeiterzeitung, dem „Daily Herald“. Ein netter Kerl, dessen Bekanntheit ich Ihnen empfehle. Der freut sich, daß er jetzt Stoff für seitenlange Berichte hat, denn seine Zeitung ist zu arm, um sich den Nachrichtenapparat der bürgerlichen Zeitungen leisten zu können.“

„Und der auseinandergelassene Mann hinter ihm?“

„Elphinstone, die große Kanone vom „Telegraph“. Der holt sich, wenn es nicht anders geht, die Nachrichten durchs Schlüsselloch.“

Die Zeiger der Uhr wiesen beinahe auf Viertel nach eins, als Royd kam, um Joan zu suchen. Er sah erhitzt und abgepannt aus. Die Schar der Journalisten, die sofort auf ihn einströmten, fertigte er kurzerhand ab: „Nur offizielle Nachrichten heute!“, und zog dann die beiden hitzig abseits in die Ecke.

„Die Lage ist ernst“, sagte er hitzig. „Die Beauftragten des Generalrats verhandeln in der Downing Street mit dem Premierminister und werden mit seiner endgültigen Antwort erst heute nachmittag zurück erwartet; verwirft er unser Angebot, so bleibt nur ein Ultimatum übrig. Ich möchte, daß ihr beiden jetzt essen geht, da ich durch eine Beratung meiner Exekutive verhindert bin. Einverstanden, Dacre?“

„Selbstverständlich“, beicelte sich Anthony zu versichern.

„Aber...“, stammelte Joan. Jedoch William Royd hatte sich bereits entfernt und winkte über die Köpfe der zudringlichen Journalisten hinweg noch einmal freundlich zurück. „Mr. Dacre“, fuhr sie fort, „Sie haben sich sicher mit Bekannten schon irgendwie verabredet, und ich bin Ihnen einfach ausgehakt worden.“

„Ist das eine höfliche Andeutung, daß Sie das Alleinsein vorziehen?“

„Durchaus nicht; nur mag ich Ihnen nicht lästig fallen.“

„Dann hören Sie schleunigst mit derartigen Höflichkeiten auf. Ich bin dem Schicksal dankbar, daß es Sie mir gesandt hat — es gibt so wenig Menschen, mit denen man richtig sprechen kann. Und nun wir bis vier Uhr Zeit haben, sind wir Gott sei Dank nicht auf jene Abfütterungsanstalt an der Ecke angewiesen.“

„Also: lassen Sie uns zum Spanischen Restaurant in Soho gehen, zu Omelettes und einem Glase Sherry.“

Es wurde ein fröhliches kleines Mahl. Joans Tagewerk, in grauen, tröstlosen Industriestädten Fabrikarbeiterinnen zu organisieren, war derart aufreibend, daß sie ein Besuch in London wie ein Fest anmutete. Außerdem hatte sie noch nie einen Mann kennengelernt, mit dem sich so angenehm über alles — Theater, Literatur, Politik — diskutieren ließ, wie mit diesem Freunde William Royds.

Als der Kellner den Kaffee serviert hatte, zündete sich Dacre eine Zigarette an und bat: „Nun erzählen Sie mir etwas von sich selbst.“

„Da ist blitzwenig zu erzählen — der allgewöhnlichste, ereignisloseste Lebenslauf. Ich wurde in einer elenden Mietskaserne unweit der Fabrik geboren, in der meine Mutter bis zur letzten Minute ihren Weibstuhl bebiente, kam nach beendeter Schulzeit als Lehrammel zu einer Schneiderin — sechs böse Monate! — und später in ein Geschäft, wo es erträglich zugeht. Von dort jagte man mich aber fort, weil ich unter den jungen Mädchen Propaganda für eine Gewerkschaft trieb. Mittlerweile brach der Krieg aus, und ich arbeitete in einer Munitionsfabrik, führte einen Streik, wurde verhaftet und sollte zu Gefängnis verurteilt werden, als es sich herausstellte, daß ich noch minderjährig war. Nach meiner Freilassung bot mir Royd, der in unserem Streik vermittelt hatte, eine Stellung in der Frauenorganisation an. Und seitdem bin ich in der Fabrikarbeitergewerkschaft tätig.“

„Und das nennen Sie ein ereignisloses Leben?... Meins kann sich jedenfalls nicht damit messen!“ —